

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 24 (1910)**

87 (15.4.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-531085](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-531085)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementspreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einchl. Fragnerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Bestellgeld.

Mit Sonntagsbeilage.

Interate werden die längstgehaltene Kopypresse oder deren Raum für die Interenten in Württemberg-Württemberg und Umgegend, sowie der Filialen mit 15 Pfg., für sonstige auswärtige Interenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Abzahl. Interate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Peterstraße 20/22. — Fernsprecher-Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. Filiale in Heppenz: Ulmenstraße 24. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Freitag den 15. April 1910.

Nr. 87.

## Armee und Wahlrecht.

Der Führer der freisozialistischen Partei im preussischen Abgeordnetenhaus, Freiherr v. Jellity, hat den Anfang damit gemacht, die Wahlrechtsfrage in die Armee zu tragen. Er hat von der Parlamentaristik an das Schwert des Staates die Forderung gerichtet, die Wahlrechtsbewegung zu erlösen. Er hat weiter seine Hoffnung für den ewigen Fortbestand des Dreiklassenwahlrechts auf die Zuversicht gegründet, daß die Armee „treu zu Kaiser und Reich“ stehen werde. „Kaiser und Reich“ kommen aber hier garnicht in Frage, sondern es handelt sich darum, ob das Dreiklassenwahlrecht in Preußen bestehen bleiben oder ob es durch das gleiche Wahlrecht ersetzt werden soll. Herr v. Jellity ist für das Klassenwahlrecht, das es seiner Partei, der berühmten Partei ohne Wähler, möglich macht, im Abgeordnetenhaus eine höchst einflußreiche, zum Teil entscheidende Rolle zu spielen. Und mit der Kaiserzeit, die seinesgleichen eigen ist, nimmt er für sein beschränktes Parteiinteresse, das sich in seiner Phantasie zum allgemeinen Staats- oder Reichsinteresse weiter, die Armee in Anspruch. Da sein Gesinnungsgenosse v. Eldenburg bekanntlich nur „einen Neutnant und zehn Mann“ braucht, um den Reichstag auseinanderzuwalzen, bleiben ja dem Freiherrn v. Jellity Truppen genug zur Verfügung, um das Dreiklassenhaus mit ihren Bohnentzen zu füllen.

Die Armee besteht nun freilich in ihrer Masse nicht aus freisozialistischen Parteigängern und die Militärs, die sie leitet, werden auch nicht aus dem freisozialistischen Parteikaffe geholt, sondern aus dem Säckel des Volkes entrichtet. Sie ist, trotz jungerlicher Führung, ein Volksherr, und das Volk hat ein Recht zu verlangen, daß dieses Volksherr nicht zu Parteizwecken und Sonderzwecken einer kleinen Minderheit mißbraucht wird. Das aber ist es, was die Leute wollen, die wie Jellity und Eldenburg denken.

Ja, würde die Sozialdemokratie heute den trübsen Versuch machen, gegen den Willen einer leider noch nicht genügend aufgelahten Volksmehrheit auf gewaltsamen Wege ihre letzten Ziele zu erreichen, dann wäre das Troben des Herrn v. Jellity mit der Armee noch verächtlich zu nennen. Aber der Sozialdemokratie fällt es garnicht ein, so verkehrt zu operieren. Erst will sie den Forderungen, die sie vertritt, im Volke den breitesten Boden schaffen, und erst dann, wenn es ihr gelungen ist, in einer bestimmten Frage die große Mehrheit des Volkes auf ihre Seite zu bringen, wendet sie sich auch alles auf, um den Widerstand zu brechen, den eine herrschende Minderheit der Erfüllung jener reifgewordenen Forderung entgegenstellt. So sieht es denn auch jetzt im preussischen Wahlrechtskampfe; die ungeheure Mehrheit des preussischen Volkes verurteilt das bestehende Klassenwahlrecht und verlangt die Einführung des gleichen Wahlrechts. Als Vorkämpferin der preussischen Wahlrechtsbewegung ist die deutsche Sozialdemokratie gleichsam die Beauftragte einer Volksmehrheit, und sie ist entschlossen, nach dem Auftrag der Massen, die in dieser Frage hinter ihr stehen, zu handeln. In dieser Situation ruft der freisozialistische Führer nach der Armee.

Das Thema „Armee und Wahlrecht“, das Herr v. Jellity also auf die Tagesordnung gesetzt hat, wird von ihr nicht so bald wieder verschwinden. Solange nicht von Seiten der Regierung selbst bindende Erklärungen vorliegen, daß sie sich die Auffassungen des Freiherrn v. Jellity nicht zu eigen macht, daß sie nicht beabsichtigt, die Armee in den gegenwärtigen politischen Streit zu ziehen, solange man es vielmehr für nützlich und notwendig hält, an Tagen, an denen Wahlrechtsdemonstrationen stattfinden, das Militär in den Kasernen zu halten, solange wird auch die Sozialdemokratie darauf bedacht sein müssen, gegen die Militärpolitik der Jellity, Eldenburg und Genossen entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen.

Diese Gegenmaßnahmen bestehen zunächst in einer vorbeugenden Aufklärung des Auslands und der nichtpreussischen Teile des deutschen Volks über den Stand des Wahlrechtskampfes. Wäre die Welt außerhalb der schwarz-weißen Grenzgebiete genau, um was es sich handelt, dann wird man sich's vielleicht überlegen, die Armee gegen Wahlrechtskämpfer ins Feld zu führen. Der erste Schuß könnte vielleicht ganz Preußen und das ganze Reich aus den Fugen bringen. Wäre man das, so wird man es vorziehen, nicht zu stehen und lieber nachgeben.

Das zweite, was zu tun notwendig ist, ist aber die Aufklärung unserer jungen Volksgenossen selbst. Jeder junge Mann, der zum Militär eintritt, muß zuvor erfahren haben, was die preussische Wahlrechtsbewegung ist und von welcher Art die Feinde sind, die sie bekämpfen. Eine solche Belehrung wird wirksam sein auch ohne direkte Bezugnahme auf die künftigen militärischen Pflichten. Werden die

Jellity und Genossen erst, daß die Armee aus jungen Leuten besteht, die mit offenen Augen in die Welt blicken, so werden sie schon selber klug genug sein, um künftig in ihrem Kampfe um die Erhaltung des Dreiklassenwahlrechts die Armee aus dem Spiele zu lassen.

Drittens aber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Kaiser oberster Kriegsherr ist. Der Kaiser kann kein konfessioneller Parteikaiser und kein Dreiklassenkaiser sein! Er kann nicht seine in vierzig Friedensjahren bewährte Armee in den Krieg gegen das eigene Volk führen! Wer dem Kaiser zumutet, dergleichen zu unternehmen, der trägt mehr dazu bei, die preussische Dynastie zu ruinieren, als es irgend ein offener Feind der Monarchie zu tun vermag. Dafür, daß nichts geschieht, was den Eldenburg und Jellity als letzter Trumpf ihrer Politik vorschwebt, sind also Wilhelm II. und die Familie Hohenzollern dem deutschen Volke persönlich verantwortlich. Das müßte die Ratgeber der Krone beherzigen; wenn sie ihr raten, sich auf die Gewalt zu verlassen, so raten sie ihr schlecht.

Gegen Minderheitspolitik kann man das Militär zu Hilfe rufen, gegen eine ungeheure Massenbewegung, die von der Sympathie einer großen Volksmehrheit getragen werden aber nicht. Die Armee in die Wahlrechtskämpfe verwickeln, heißt sie revolutionieren. Dem deutschen Kaiser die Führung in einem preussischen Bürgerkrieg zu übergeben, heißt das Reich gefährden und die Monarchie untergraben. Ein Zusammenstoß zwischen Militär und Volk wird, wie wir annehmen, von keiner Seite ernstlich gewollt, auch der tapfere Thasso v. Jellity wird sich die Sache noch überlegen. Vom Wort zur Tat ist oft ein sehr weiter Weg, und die Herrschenden wissen zu genau, was für sie auf dem Spiele steht, als daß sie Lust hätten, diesen Weg zu betreten.

## Politische Rundschau.

Bant, 14. April.

15. April.

Wie der 10. April in der Geschichte der deutschen Verfassungskämpfe, so wird der 15. April in der Geschichte wirtschaftlicher Klassenkämpfe ein unvergessliches Datum bleiben. In diesem Tage sollen Hunderttausende deutscher Arbeiter aufs Violett liegen, weil sie sich dem brutalen Nachgebot ihrer sogenannten Arbeitgeber nicht unterwerfen wollen. Schon geht das Kaufhaus der allgemeinen Ausweitung von Stadt zu Stadt, am 15. April soll nun endlich ganze Arbeit gemacht und mit Ausnahme von Hamburg wo man sich geeinigt hat, und Berlin, wo man noch unterhandelt, die gesamte Bautätigkeit mit einem Schläge stillgelegt werden.

In den Publikationen des Arbeitgeberverbandes, die dazu bestimmt sind, die Empörung der Gesamtheit durch unwahre Angaben von den Unternehmern abzuwenden, wird immer wieder darauf hingewiesen, daß so „ungeheure wirtschaftliche Schädigungen“, wie sie durch Ausperrungen verursacht werden, auch durch die Streiks heraufbeschworen werden, welche die Arbeiter unternehmen, um ihre Forderungen durchzusetzen. Die Arbeitgeberpresse kann eben ihrer Natur nach gar nicht begreifen, daß es etwas anderes ist, wenn Arbeiter ihre Arbeitskraft vom Markt ziehen, um sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen, als wenn Unternehmer gewaltam die Arbeitslosigkeit unterbinden, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern und den Kapitalprofit zu erhöhen. Traneck genug, daß unsere Wirtschaftsordnung das Mittel des Streiks zur Hebung des allgemeinen Kulturniveaus notwendig macht! Die Ausperrung dient aber nicht dem Zweck, dieses Kulturniveau zu heben, sondern es gewaltam herunterzudrücken. Darum ist die Bauarbeiterausperrung ein volles, kaltes und — in höherem Sinne des Wortes — auch staatsfeindliches Unternehmen, und die Allgemeinheit hätte begründete Ursache, dem trüblichen Treiben einiger größtenteils gewordener Nachhitzer mit aller Energie entgegenzutreten.

Nach einer Zeitungsmeldung soll der Zentralverband der Industriellen dem deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe als erste Rate fünf Millionen Mark zur Verfügung gestellt haben. Es ist immerhin interessant, festzustellen, daß den Bauherren der Segen aus derselben Quelle fließt, aus der die nationalliberale Partei die Mittel ihrer Wahlkämpfe schöpft, und es ist darum um so bemerkenswerter, daß wenigstens die nationalliberale Presse zum Teil jedes Eintreten für die Arbeitgeber ablehnt. Das Unrecht der Bauherren ist so förmlich und offenkundig, daß, von ein paar gleichgültigen Söldlingen abgesehen, niemand es wagt, offen auf ihre Seite zu treten.

## Die Konzentration des Kapitals

Soll nach den Behauptungen mancher bürgerlicher Oekonome eine bloße Erfindung des Marxismus sein, die von der wirklichen Entwicklung abtrüben wäre. Nun hat die marxistische Theorie in diesem Punkte nicht eine so glänzende Bekräftigung durch die Tatsachen gefunden, das auch die gehässigen Gegner der Sozialdemokratie ihr Rechnung tragen müssen. Auf der Landesversammlung des Bundes der Landwirte in Nassau hat der Bundesvorsitzende Reichstagsabgeordneter Roelcke folgende Aeußerung getan: „... wir wenden uns gegen die Herrschaft des Großkapitals, gegen dasjenige Großkapital, welches nicht wirtschaftlich befruchtend wirkt, sondern lediglich danach fragt, ob verdient wird oder nicht. Eine geringe Anzahl von Banken vereinigt heute schon eine so enorme Kapitalmacht in sich, daß sie einen großen Teil der Industrie unter ihre Herrschaft bekommen haben. Wenn das so weiter geht, kann das mit der Zeit verhängnisvoll werden.“

Herr Roelcke ist, wie man sieht, kein Vertreter des ökonomischen Denkens — wenigstens wird sich die Unterscheidung zwischen dem Kapital, das „befruchtend wirkt“ und dem, „das fragt, ob verdient wird“, wissenschaftlich kaum aufrecht erhalten lassen — immerhin wird man anerkennen müssen, daß das agrarische Dunkel seiner Wirtschaftsauffassung durch einen starken Strahl marxistischer Erkenntnis erhellt wird. Wo Herr Roelcke rein agrarisch wird, da wird er sofort wieder unfreiwillig humoristisch, so wenn er die oben zitierten Worte mit der Versicherung einleitet:

Wir sind keine Gegner des Kapitals, wir verlangen kapitalistische Betätigung, denn wir brauchen es ja selbst. „Befruchtend“ wirkt das Kapital aber nur in Agrarwirtschaften. Herr Roelcke ist daher nur ein Feind des Kapitals, das die anderen haben.

In einer andern Bändelversammlung führte der Landtagsabgeordnete v. Uexhoop aus:

Die größte Gefahr, die unserm Vaterlande droht, ist nicht die Sozialdemokratie, sondern es ist die Monopolisierung des Kredits durch das Großkapital. Die erste Frage für uns ist, ob Deutschland und seine Regierung stark genug ist, diese Macht in gesunden Grenzen zu halten.

Wahrscheinlich wie Roelcke und Uexhoop hat sich auch der Bundesdirektor Bahr im Wahlkreis Hlego-Vst-Johannesburg geäußert. Es liegt also, scheint es, System in der Sache, man verliert durch Angriffe auf das Kapital die stark gewordene Volksämlichkeit wieder aufzufrischen. Wertwändig, daß alle Parteien, selbst die grimmigsten Sozialisten, immer, wenn sie sich populär machen wollen, bei der Sozialdemokratie Anleihen aufnehmen müssen!

## Deutsches Reich.

Das Arbeitspenjum des Reichstages.

Die dem Reichstage vorliegenden, der Erledigung harrenden Arbeiten sind derzeit zahlreich, daß nicht daran zu denken ist, alles aufzuarbeiten. 12 Gesetzentwürfe und Rechnungsvorlagen harren noch der 1. Lesung, 2 Vorlagen stehen vor der 2. Lesung, und dann sind eine ganze Reihe von Gesetzen zur Beratung gegenwärtig in der Kommission. So das Gesetz betr. Veränderung des Gerichtsverfahrgesetzes, einer Strafprozeßordnung und des dazu gehörigen Einführungsgesetzes. Außerdem sind in Kommissionsberatung das Kollisions-, Stellersermittlergesetz, Arbeitsamtergesetz, Hausarbeitsgesetz und die Veränderung der Gewerbeordnung. Dann sind noch rüftständig zwei Interpellationen, die von der Fortschrittlichen Volkspartei eingebracht sind, die eine betrifft die Anwendung des Reichsvereinsgesetzes, die andere das Ralimndikat. Wahlprüfungen sind bis jetzt 9 spruchreif. Davon lautet in 4 Fällen der Antrag der Wahlprüfungskommission auf Ungültigkeit, und in einem Fall, in welchem die Wahlprüfungskommission die Wahl für gültig erklärt hat, dürfte das Plenum voraussichtlich zu einer gegenteiligen Entscheidung kommen. Die Menge der Petitionen läßt sich kaum übersehen. Dazu kommen dann die rüftständigen Initiativ-Anträge, die sich auf alle denkbaren Gebiete beziehen. Der Verhandlung harren an solchen Anträgen vom Zentrum 8, von den Konserwativen 12, von den Rationalliberalen 27, von den Freireimigen 15, von den Sozialdemokraten 26, von der Reichspartei 1, von den Polen 12, von der Wirtschaftlichen Vereinigung 8, von den Wöden 3. Hier handelt es sich zum Teil um Anträge, die schon im Januar 1907 von den Fraktionen gestellt und beim Beginn der jetzigen Reichstagsession wieder eingebracht sind. Wenn von diesen Anträgen noch 4 oder 5 die erste Lesung passieren, dann wird das alles sein, was überhaupt erledigt werden kann. Alle anderen Anträge sind

Arbeit, die für den Papierkorb geleistet wurde. Rechnet man nach dazu, daß die Regierung die Einbringung einiger kleinerer Gesetzentwürfe angekündigt hat, so ergibt sich, daß für den Reichstag eine Wohlthätigkeit, das Beratungsmaterial auch nur zum größeren Teil aufzuarbeiten, überhaupt nicht besteht.

Der Senatorenkonvent hat angelehnt dieser Geschäftsliste ein Uebereinkommen mit der Regierung getroffen, nach welchem bis zum Tage der Himmelfahrt Sitzungen stattfinden sollen. Darauf soll die Vertagung des Reichstages bis Herbst eintreten, weil eine Reihe von großen Gesetzen sonst unter den Tisch fallen würden. Bis zur Vertagung soll zunächst beraten werden: Am Donnerstag der Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsgerichts, der deutsch-schwedische Handelsvertrag sowie das Gesetz über Reichsbesteuerung. Am Freitag und Sonnabend sollen zur Vertagung stehen die Reichswertzuwachsststeuer und der Entwurf für die Fernsprechgebühren. Am Montag beginnt die Beratung der Reichsversicherungsordnung, deren erste Beratung drei Tage mindestens in Anspruch nehmen wird. Dann sollen die Initiationsanträge, die sich mit der Veteranenunterstützung befassen, zusammengefaßt werden und an dem darauffolgenden Schwerinstage zur Vertagung kommen. Ferner wird noch ein Gesetzentwurf erwartet, der Dänen für die Kommissionen aussieht, die während der Vertagung des Reichstages weiter Sitzungen abhalten werden und zwar sollen die Kommissionen auch während der Vertagung beraten über die Strafprozessordnung und die Reichsversicherungsordnung. Ferner wird gewünscht, daß die Wiederberufung des Reichstages für den Herbst nicht so spät erfolgen soll, wie in dieser Session, weil eine große Anzahl von Gesetzentwürfen vorliegen, die von der Regierung spät eingebracht worden sind und bei späterer Zusammenberufung des Reichstages wieder nicht erledigt werden könnten.

**Berlin, 14. April.** Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat dorther selbst eine Interpellation über das Eisenbahngesetz in Mähheim eingebracht.

Das preussische Herrenhaus wird morgen Freitag mit der Beratung der Wahlrechtsvorlage und der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses beginnen.

Die Hamburger Bürgerliste nahm einstimmig die Bewilligung von 1393300 Mfl. für die Erbauung eines Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten an.

**Nach dem preussischen Landtag.** Das Abgeordnetenhaus legte Mittwoch nach Erledigung kleinerer Vorlagen die Debatte über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eisenbahn vor. Aus der Debatte, die sich meist in Einzelheiten isolater Natur verlor, ist hervorzuheben, daß Abg. Dr. Bachnide (Frei) die Befreiung der Bahnarbeiter von Steuern forderte und außerdem an den Minister den Appell richtete, seinen Einfluß im Bundesrat dahin geltend zu machen, daß in Deutschland nicht mehr eine solche Politik getrieben werde, die den Verkehr untergräbt. Genosse Borgmann brachte die menschenwürdige Beförderung auf der Berliner Straßenbahn zur Sprache und kritisierte die Bestrebungen der Eisenbahnverwaltung auf Befreiung der Arbeiterabfahrtsarten. Der Minister briefte sich darauf, daß er dabei dem Wunsch des Hauses folge, aber Genosse Borgmann erwiderte ihm treffend, daß das Abgeordnetenhaus stets nur die Interessen der Belagerten wahrnehme, aber die Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt lasse. Die weitere Debatte drehte sich um die Verhältnisse der Eisenbahnarbeiter. Hierbei machte sich Abg. Gronowski vom Zentrum zum Befürworter der Wünsche der Arbeiter. Er tat das in so launiger Weise, daß sogar der Minister ihm Lob zollte. Donnerstag wird die Vertagung fortgesetzt.

**Der Schnapsbrot gegen die Rechte des Reichstages.** In der verstärkten Geschäftsordnungscommission des Reichstages wurde Mittwoch über Zuläufe der Geschäftsordnung, die als § 33a eingefügt werden sollen, beraten. Dazu lagen Anträge der Freisinnigen, Nationalliberalen und des Zentrums vor, die für den Reichstag das Recht zuerkennen wollen, daß an die Befragung von Interpellationen sich Anträge anschließen dürfen. Der am vorrätigsten gehaltene Antrag war der des Zentrums, der wörtlich lautet:

„Bei der Befragung von Interpellationen dürfen nur Anträge gestellt werden, die dahin gehen, daß der Reichstag sich über die Billigung des Verhaltens des Reichstanzlers aussprechen möge. Diese Anträge müssen von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein.“

Eine Anzahl der Konserwativen suchten die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in die Geschäftsordnung zu verhindern. Der konservative Dr. Wagner hatte sogar folgenden Antrag eingebracht, der von allen Parteien, außer den Konserwativen mit Gehärdt aufgenommen wurde:

„Die Kommission wolle beschließen, den Herrn Reichstanzler zu ersuchen, über die Frage, ob es mit den Bestimmungen der deutschen Reichsverfassung, insbesondere mit ihrem bundesstaatlichen Charakter, im Einklang stehen würde, wenn der Reichstag dem Reichstanzler Vertrauens- oder Mistransensotium erteile oder sonst in Resolutionen seine Billigung oder Nichtbilligung aussprechen würde, ein Gutachten des Reichsjustizrats eventl. des Reichsgerichts eingeholen und der Kommission vorzulegen.“

Gegen Ende der Diskussion brachte das Zentrumsmitglied Dr. Jerosens den Antrag ein, die Eingangsworte des Antrages Koren auf Nr. 18 der Druckliste folgendermaßen zu fassen:

„Nach Erlass eines Reichstanzlerverantwortlichkeitsgesetzes dürfen bei Befragung von Interpellationen Anträge gestellt werden usw.“

Die Debatte über diesen Verschleppungsversuch der Geschäftsordnungsänderung war eine sehr scharfe, wobei die Schwärzung des Zentrums drastisch charakterisiert wurde. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Wagner gegen die Stimmen der Konserwativen abgelehnt. Der Antrag Koren wurde dagegen mit der Wenderung Jerosens mit 16 Stimmen der konserwativen Parteien und des Zentrums gegen die Stimmen der Linken angenommen.

**Die Justiznovelle in der Kommission.** Die Justizkommission legte in der Sitzung vom Mittwoch die Beratung der Strafprozessordnung beim dritten Abschnitt „Gerichtliche Entscheidungen und Zustellungen“ fort. Zum § 26, der besagt, daß vor Entscheidungen der Gerichte bei mündlichen Verhandlungen die Beteiligten zu hören sind, vor anderen Entscheidungen nur die Staatsanwaltschaft zu hören ist, liegen eine Reihe von Abänderungsanträgen vor. Es wird mit 15 gegen 10 Stimmen beschlossen, den zweiten Satz des § 26, in der Regierungsvorlage lautend: „Vor anderen Entscheidungen ist die Staatsanwaltschaft zu Erläuterungen aufzufordern“, zu streichen. § 27 wird in der Form der Regierungsvorlage angenommen.

**Zentrum und Wahlrechtsvorlage.** Die Germania kommt in einem langen Artikel nochmals auf die Vorgänge vom Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus zu sprechen und findet es für ganz selbstverständlich, daß die Opposition durch Schlüsselanträge mündlich gemacht worden ist. Das Zentrumsblatt meint, es hätte gar keinen Zweck gehabt, noch einmal Reden zum Fenster hinaus zu halten, wie es die Sozialdemokratie für ihre revolutionäre Stimmungsgemache betreibt. Einen laßlichen Zweck hätte eine solche Diskussion doch nicht haben können. — Es verdient festgenommen zu werden, daß ausgerechnet das Zentrum, die Partei für „Wahrheit, Freiheit und Recht“, es ist, das dem schändlichen Gewaltstreich der Konserwativen das Wort redet, und es darf wohl als sicher angenommen werden, daß es sich bei dieser Niederträchtigkeit um ein abgetarntes Spiel zwischen Zentrum und Konserwativen gehandelt hat.

**Das Herrenhaus als Nothilfe.** Der sattsam bekannte Freiberger v. Jedlich kann keine Erregung darüber, daß er bei dem Wahlrechtshochrufen nicht mitmachen konnte, noch immer nicht verlieren. Er setzt deshalb seine ganze Hoffnung auf das Herrenhaus, in der Erwartung, daß dort die Wahlrechtsvorlage so abgeändert wird, daß zwischen den Konserwativen und Ultramontanen einerseits, und den Freikonserwativen andererseits doch noch ein kleines Schachergeschäft zustande kommen könne. Am Tag steht er auseinander, daß das Herrenhaus und die Regierung durch Parteisäcklichkeiten nicht gebunden, sondern völlig frei in ihren Entscheidungen sind. Sie hätten die volle Verantwortung dafür zu tragen, daß die Wahlrechtsvorlage eine Gestalt erhalte, die die Neuordnung des Wahlrechts sturmfrei macht, und damit die Wiederherstellung der Ruhe auf diesen Gebiete herbeiführt.

**Neue Opfer der Wahlrechtsdemonstration.** In Frankfurt am Main wurde der Genosse Spiscius zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er sich bei der Wahlrechtsdemonstration vom 13. Februar gegen die preussische Ordnungsvorgänge haben soll. Der Staatsanwalt hatte vier Monate Gefängnis beantragt.

In Königsberg verurteilte das Schöffengericht 21 Personen wegen Hochrufen auf das Wahlrecht zu Strafen von 9 M. bis zu drei Wochen Haft. Wie unparteiisch der Vorsitzende war, zeigte sich darin, daß er noch vor der Beweisaufnahme die Wahlrechtskundgebungen als brüllend bezeichnete.

Vor dem Schöffengericht zu Mählhausen in Thüringen stand wieder ein Wahlrechtsdemonstrant. Vorige Woche bestrafte das Gericht eine Polizeistreife von über 10 M., die ein Arbeiter wegen Hochrufen auf das Wahlrecht erwidern hatte. Jetzt entschied es gegenteilig. Ein Genosse hatte bei der Strohendemonstration am 13. Februar ein Hoch auf das freie Wahlrecht ausgebracht und erhielt deshalb ein polizeiliches Strafmandat über 30 M. Das Schöffengericht sprach ihn frei, weil „grober Unfug in dem Hochruf nicht erblidt werden konnte. Als Grund für diese, der früheren entgegengesetzten Entscheidung gab das Schöffengericht an, daß der Beschuldigte den sozialdemokratischen Zug nicht von Anfang an mitgemacht habe. Sechs weitere Demonstranten sollten den Verleher gefolgt haben, weil sie der Aufforderung der Schulleute, die Straße zu verlassen, nicht schleunigst Folge geleistet hatten. Sie wurden bestraft. Das Gericht lehnte nur die Polizeistreifen etwas herab. Selbst zwei Leute mit verkrüppelten Füßen, die nicht schnell laufen konnten, wurden verurteilt. Ein anderer wurde wegen Schuwammsbeleidigung mit 20 M. bestraft, weil er gerufen hatte, „die Polizei will sich wohl blamieren.“

**Wahrung berechtigter Interessen.** Vom Schöffengericht Hohenstein - Enftal wurde der sozialdemokratische Stadtordeordnete, Genosse Grisebach, freigesprochen unter Zustimmung des § 193. Er hatte in seiner Eigenschaft als Stadtordeordnete einen Schuldirektor Pözig beleidigt insofern, als er bei der Beratung des Haushaltungsplanes der Stadt Mißstände in der Schule kritisierte.

**Rußland.**

**Die Lern- und Lehrfreiheit der Frauen in Rußland** soll nun durch ein Gesetz garantiert werden. Der Unterrichtsminister brachte in der Duma eine Gesetzesvorlage ein, durch die den Frauen, die in Rußland oder dem Russlande Hochschulen absolviert haben, das Recht erteilt wird, Unioersitätsklausuren abzulegen, das ihnen die gleichen Rechte für Gelehrte und unterrichtliche Tätigkeit einräumt wie den männlichen Kandidaten. — Der Minister der öffentlichen Arbeiten brachte eine Gesetzesvorlage ein, für den Bau einer Eisenbahn auf dem linken Reauufer zum Anschluß der finnischen Bahnen an das Russische einen Kredit von 1717200 Rubel zu gewähren.

**Ein neuer Beteiligungsfonds.** Petersburger Zeitungen melden, daß die Gesellschaft, der der Bau des Kanals zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer übertragen worden ist, beabsichtigt, für 340 Millionen Rubel Aktien auszugeben, davon sei ein Fünftel von 75 Millionen Rubel zu Zeichnungen von Abgeordneten und Beamten bestimmt. Schon ehe die Aktien gezeichnet seien, sollen einige Abgeordnete à conto-Zahlungen aus dem Beteiligungsfonds erhalten haben.

**Türkei.**

Der Zustand in Albanien geht seinem Ende entgegen und machen die Verhandlungen der türkischen Regierung mit

den Rebellen in Albanien ersteuliche Fortschritte. Die Meldung, daß die Eisenbahnerverbindungen zerstört worden seien, wird als unwahr bezeichnet. Die türkischen Besatzungen zwar mehrere Bahnhöfe, richteten aber keinerlei Schäden an, eine Taifache, die als Zeichen dafür angesehen werden dürfte, daß die ganze Rebellion umwälzend einen so ernsthaften Charakter hat, wie von gemisser Seite behauptet wird. Es handelt sich in der Hauptsache nur um eine Erhebung, die sich gegen die lokalen Behörden richtet.

**Serbien.**

**Ein unsicheres Geschäft.** Müttermelungen zufolge ergriff der Kronprinz die Initiative zur Regelung der Schulden des serbischen Offizierskorps. Auf sein Ersuchen ist der russische Gesandte von Hartwich mit einer Petersburger Finanzgruppe wegen Aufnahme einer Anleihe von vier Millionen Dinars für den serbischen Offiziersverein in Verhandlungen getreten, die bereits zu einem günstigen Ergebnis geführt haben sollen.

**Griechenland.**

**Die kritische Militärpartei.** Der frühere Hauptmann Chalkopoulos, der in einer Volksliste den Militärband und den Kriegsminister Zorbas angegriffen hatte, wurde von zwei Unteroffizieren der Kavallerie hinterläßt überfallen und mit Säbelhieben am Kopfe verwundet. Die Offiziere wurden von dem empörten Volke und von der Gendarmerie festgenommen. Chalkopoulos begab sich, nachdem ihm ein Verband angelegt worden war, zum Militärpräsidium, der die Bestrafung der Schuldigen versprach. Die Bevölkerung demonstrierte gegen die Armee und die Offiziere. Schon einmal verdröben vor kurzem Unteroffiziere einen ähnlichen Ueberfall auf einen Korvonnari, der ebenfalls den Militärband kritisiert hatte.

**Amerika.**

**Zollverhandlungsschwierigkeiten** zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten. Die Regierung der kanadischen Provinz Quebec kündigt ein Verbot der Ausfuhr von Holz bei nach den Vereinigten Staaten an. Dadurch werden die weiteren Zollverhandlungen sehr erschwert.

**Kleine politische Nachrichten.** Der türkische Sultan Mohamed V. ist endlich erkrankt. — Die Weltausstellung in Brüssel wird am 23. April eröffnet. — Der bayrische Professor Schinger, der wegen seiner modernen Ansichten über die Entstehung der Religionen der Schweden des Vatitans ist, soll auch nicht als Philosophle-Professor zum Lehramt zugelassen werden. — Der Bierkrieg dauert in Niederbayern heilig fort. Man trinkt dort jetzt sogar Weinab!

**Parteinachrichten.**

**Genosse Louis Spiscius** ist Montag morgen, 60 Jahre alt, gestorben. Er war ein persönlicher Freund von Wedel und Liebknecht, hat den Krieg von 70 mitgemacht und wurde dort verwundet. Später hat er sich unter dem Sozialistengebiet bemüht, besonders bei der Verbreitung des Sozialdemokrat. Er war bis in die letzte Zeit hinein agitatorisch tätig. Er war Leiter der Gold- und Silberseidenanstalt in Frankfurt a. M.

**Sokales.**

Sant, 14. April.

**Der Kampf im Baugewerbe.**

Die heutigen Voten brachten aus allen Eden und Enden des Reiches die Kriegserklärungen der Arbeitgebervereinigungen an die Bauhandwerker und Arbeiter. In den oberbayerischen Städten Brauk, Oldenburg und Varel haben die Arbeitgeber ihren Arbeitern auf Sonnabend den 16. April die Aussperrung angekündigt. In Oldenburg ist vorläufig nur die Aussperrung der Organisierten beschlossen worden. Für Müllringen-Wilhelmsbaven ist die Entscheidung noch nicht gefallen.

Wie gestern mitgeteilt, fand gestern abend in der Loge eine außerordentliche Versammlung des Arbeitgeberverbandes statt, zu welcher Vertreter der Reichsbehörden, vor allem der Marinebehörden, der Staatsbehörden und der Gemeindebehörden eingeladen. Einige waren auch erschienen. Nach dem, was man über die Verhandlungen erfahren konnte, möchten die Arbeitgeber gerne um die Aussperrung herumkommen; aber die Solidarität, die auch zum Zusammenhalten einer Arbeitgeberorganisation von Nutzen ist, duldet das nicht. Einige Vertreter von Behörden sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß in den Reihen der Arbeitgeber keine Reizung zu einer Verständigung vorhanden sei. Heute abend findet wieder eine Versammlung der Arbeitgeber im Baugewerbe statt, in welcher der endgültige Beschluß gefaßt werden dürfte. Wenn man mit den einzelnen Arbeitgebern, die in enger Fühlung mit ihren Verbandsorganen stehen, spricht, so klingt immer aus ihren Darlegungen der Vorwurf gegen die Arbeitervertreter heraus, diese wollten Forderungen stellen, was ein Hindernis für eine Vereinbarung sei. Das Hauptindernis sei, daß der Vertreter der Maurer, der Reichstagsabgeordnete Bömelburg verlangt habe, es müsse bei den Tarifverhandlungen der Weg offen bleiben, um den Aufstundtag zu erlangen. Dieses Verlangen, so wird ferner geltend gemacht, habe auch zu der Ergebnislosigkeit der Verhandlungen in Berlin durch Vermittelung der Reichsregierung geführt.

Diesem Vorwurf muß auf das entschiedenste entgegengetreten werden.

Die Konferenz in Berlin ist auseinandergegangen, weil der Vertreter der Arbeitgeber erklärt hat, sie könnten keine Vorschläge entgegennehmen, welche eine Wenderung der Röhler Beschlüsse betreffen. Ebenso haben sie es abgelehnt, der Wahl von drei Unparteiischen zur Prüfung der fünf Streitpunkte aus den Röhler Beschlüssen zuzustimmen, während Bömelburg die Bereitwilligkeit der Arbeitnehmervertreter erklärt hat.

Was es mit den Forderungen der Arbeitnehmer und besonders der Forderung des Aufstundtages auf sich hat, das geht am besten aus der protokollarischen Erklärung Bömelburgs bei den Verhandlungen in Berlin am 8. April hervor. Er sagte u. a.:



Ihre Anträge haben wir abgelehnt, und auf dem Boden der Ablehnung dieser Anträge stehen wir auch jetzt, und davon weisen wir auch nicht ab. Wir haben aber doch keine Forderungen gestellt, die den Streit hervorgerufen haben. Die Forderungen, um die es sich handelt, sind Forderungen, die aus Ihren Kreisen herorgehen. Nennen Sie mir eine einzige Forderung, die wir zum Vertragsmuster gestellt haben, über die irgend ein Streit bestände. Keineswegs! Also die Dinge, die wir beantragt haben, sind größtenteils keine Veränderungen des Vertragsmusters, und auch selbst in der Frage der Affordarbeit haben wir Ihnen ja gesagt, wo wir unseren Antrag, die Bestimmungen über die Affordarbeit zu streichen, aufzuffassen. Wir haben Ihnen auch bei früheren Verhandlungen erklärt, daß wir in letzter Linie damit einverstanden sind, wenn es so bleibt, wie es bisher gewesen ist. Also Sie sind die Forbernden, Sie haben Forderungen gestellt, denen wir nicht zustimmen können. Wenn Sie nun wünschen, daß wir zu einer Einigung kommen sollen, sind Sie als die Forbernden doch diejenigen, die dann selbstverständlich sich mit der Tatsache abfinden müssen, daß sie von ihren Forderungen abzugehen haben.

Aber ich will auch gleich zur Frage der Arbeitszeit unsere Meinung aussprechen. Wie stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn wir wieder unterhandeln wollen, die Bahn frei gemacht werden muß auch in diesem Punkte. Die Arbeitgeber haben damals beschlossen: keine Verärgerung der Arbeitszeit unter 10 Stunden. Die Arbeitgeber könnten gerade so gut in irgendeinem anderen Punkte auf der Generalversammlung beschließen: Das ist unser Wille, das geht nichts von ab. Wenn der eine Teil solche Beschlüsse fäht, dann ist das Unterhandeln ja überflüssig, dann ist es ja überhaupt kein Unterhandeln mehr, dann braucht der eine Teil nur zu sagen: das haben wir beschlossen, und damit ist es erledigt. Da es sich bei der Arbeitszeit um einen wichtigen Punkt der Arbeitsbedingungen handelt, müssen wir darauf bestehen, daß die Arbeitgeber auch in diesem Punkte die Bahn für die Unterhandlungen frei machen. Die Arbeitgeber fordern, über die Verärgerung der Arbeitszeit unter zehn Stunden darf nirgend verhandelt werden. Deshalb sagen wir: Die Arbeitgeber verhindern die Möglichkeit freier Vereinbarungen an den einzelnen Orten, und daher müssen wir verlangen, daß Sie diesen hindern den Beschlüssen aufheben. Wir können davon nicht abgehen. Verbleiben Sie das Gebiet nicht, das hat keinen Zweck. Ich weiß ja, was es sein soll. Das sind ja doch nur satzliche Fäge. Wenn Sie verhandeln wollen, warum haben Sie denn das Unterhandeln vor drei unparteiischen Personen abgelehnt? So geht es nicht. Heben Sie, bitte, den Beschlus auf. Wir haben es liebhaft bedauert, daß Sie auf Ihrer Generalversammlung einfach sagen: Solche Zusatzen weisen wir zurück. Ist das eine Zusatzen, wenn wir von Ihnen wünschen, daß Sie es zu lassen, daß auch über eine Verärgerung der Arbeitszeit unter zehn Stunden verhandelt werden darf? Wir fragen doch nicht, daß wir das überall durchgeföhrt haben wollen, sondern wir wollen nur die Möglichkeit schaffen, darüber zu verhandeln. Wir sagen nicht: Da und dort wollen wir eine Verärgerung der Arbeitszeit haben, sondern nur die Möglichkeit dazu wollen wir haben, und das ist doch bestimmt kein unbilliges Verlangen.

Es braucht auch dieses Beweises nicht, um die Fadenlosigkeit der Vorwürfe des Bauarbeitgeberverbandes zu erkennen. Er will vor allen Dingen Forderungen der Arbeiter auf Arbeitszeitverärgerung, die im Achtstundentag gipfeln, auf undenkbare Zeiten zurückdrängen, darum stellt er Forderungen, deren Erfüllung die Bauarbeiter um die Ertragschaften 25 Jahre lang geföhrt Kämpfe bringen würde.

Es sind die Großindustriellen-Verbände, welche die Bauarbeitgeber zu diesem Vorgehen aufgehet haben und den Krieg finanzieren wollen. Wenn Tausende von kleinen und mittleren selbständigen Existenzen in diesem Kampf licher zugrunde gehen, so mögen sie sich an die Gruben- und Schlotbarone um Entschädigung wenden.

**Der neue Lohnstarif der Werk.**

- Vom 1. April d. J. ab hat für die Zivil-Arbeiter der Reichswerken folgender Lohnstarif Geltung:
- I. Stundenlöhner.**
    - A. Handwerker. Gruppe 1: Tischmacher, Stöhler, Bühnenmacher, Dreher, Rorbmacher, Maler, Modellstöhler, Maler, Klempner, Kupfermeister, Maschinenbauer, Sattler und Tapetleger, Schiffbau, Schiffzimmerleute, Segelmacher, Schmiede, Zähler, Zähler, Zimmerleute, Zimmereisenmacher. Es erhalten pro Stunde die Vordarbeiter 51 Pfg., die Arbeiter in fünf Klassen 48, 44, 42, 40 Pfg.
    - Gruppe 2: Blech- und Metallschmiede, Förner, Reifelschmiede, Torpedoschloffer. Vordarbeiter 54 Pfg., Arbeiter 51, 49, 47, 45, 43, 41 Pfg.
    - Gruppe 3: Gas- und Wasserleitler, Maschinenergöhler, Elektro-monteur, Torpedobauer (nur in der Torpedowerkstatt), Blech- und Hammerhämmer, Schmelzblechtrichter (nur für Alil, Wilhelmshaven, Friedrichshafen, müssen getrennt Maschinen- und Maschinenbauer sein). Vordarbeiter 56 Pfg., Arbeiter 53, 51, 49, 47, 45, 43 Pfg.
    - B. Hilfsarbeiter. Helfer, Unterhelfer, Fuhrer und Zuhilfenhelfer, Bohrer, Stößer, Främler, Lohrer, Rennaeder, Schweißschmelzer, Hammer, Blech- und Reamführer 40 und 38 Pfg.; Meier, Stemmer, Schmelzer 43, 40 und 38 Pfg.
    - C. Handlanger, jugendliche Arbeiter, Jungen und Lehrlinge: Handlanger, Vordarbeiter 40 Pfg., Arbeiter 28 und 36 Pfg.; Reamführer 27, 25, 23, 21 Pfg.; Jungen 18, 16, 14, 12 Pfg.; Jungen für Reifeiteilung 20, 18, 16, 14 Pfg.; Lehrlinge 28, 17, 14, 11, 9 Pfg.
    - D. Betriebsarbeiter: Arbeiter für Bureau 44, 42, 40, 38 Pfg.; Arbeiter für Waagen, Vordarbeiter 44 Pfg., Arbeiter 42, 40, 38 Pfg.; Eisenbahn-Arbeiter, Vordarbeiter 45, Arbeiter 43, 41, 39 Pfg.; Feiler und Reifeleiter für Bandmaschinen, Aufstöhler 45, sonstige Arbeiter 43, 41, 39 Pfg.; Materialisten und Inventaristen-Ausgeber, Maschinenmeister, Hilfskrafttrichter für Bandmaschinen, Kanalarbeiter und Reamführer 45, 43, 41, 39 Pfg.; Schiffslammerarbeiter, Torpedo-Munitionsarbeiter, Drömmelgänger, Vordarbeiter 47, Arbeiter 45, 43, 41, 39 Pfg.; See- und Schiffszimmerleute, Bahnwärter, Weichenstöhler, Matrosen des Schleiens, Hafen- und Strombau-Betriebe 49, 47, 45, 43, 41 Pfg.; Diener für Fahrwege, Feiler und Schreinerarbeiten des Schleiens, Arbeiter 51, 49, 47, 45, 43 Pfg.; Feiler für Waagen, diensttunende Hilfsarbeiter für Fahrwege, Beschäftigte für Waagen und Schleiens-

betrieb, Vordarbeiter des allgem. Betriebes u. sowie Bootsteuerer, Schleusenbahnarbeiter und Bootsteuerer für Schleusenbetrieb, Obermatrosen und Steuerleute des Hafenbetriebes 53, 51, 49 Pfg.

**II. Monatslöhner.** (Kaufleute finden nur bei guter Führung und Leistung statt; Wertzeit auf jeden Monatssatz zwei Jahre.)

**A. Bürohilfspersonal.** Bandisten, Bürohilfsbediener, Schularbeiter, Telephonisten für Zentralämter, Buchbinder, Drucker, Lichtpauser 115, 107,50, 100 Pfg.; Hausmeister 122,50, 115, 107,50, 100 Pfg.; Zeichner, Maschinenarbeiter 140, 130, 120, 110, 100 Pfg.; Waagenmeister 120, 110, 100 Pfg.; Zentralkraftarbeiter (Photographen, Zeitschriften u.) 140, 130, 120, 110, 100 Pfg.; Bürohilfen (Kaufmannsleistungen sollen nicht mehr eintreten) 150, 140, 130, 120, 110 Pfg.; Kaufhilfe Bürohilfen (nur für Ersatzarbeiten); müssen das Zeugnis über die Beschäftigung als Schiffer auf seiner Fahrt besitzen oder die Torpedoschwermannschaftsmitgliedschaft mit Erfolg besucht oder die Schulprüfung auf der Torpedoschiffschule bestanden haben, 160, 150, 140, 130, 120 Pfg.

**B. Feuerwehr- und Wächterpersonal.** Feuerweh-männer und Wertwächter, Feiler für Dampfmaschinen 115, 107,50, 100 Pfg. (In Alil werden die Wächter nachweise bezahlt: 3,20 und 3,40 Pfg. bei einer Beschäftigung bis zu zehn Stunden, bis zu 3,60 Pfg. bei längerer Beschäftigung.) Diensttunende Maschinenisten für Dampfmaschinen 122,50, 115, 107,50, 100 Pfg.; Schleusenwärter, Oberfeuerwehrmänner 130, 122,50, 115, 107,50, 100 Pfg.; Telephonisten, Vordbeiter der Torpedowerkstatt Friedrichshafen 130, 122,50, 115, 107,50, 100 Pfg.

**C. Betriebspersonal.** Wagemesser 122,50, 115, 107,50, 100 Pfg.; Feilmesserschleifer beim Navigationsschiff 150, 140, 130, 120, 110 Pfg.; diensttunende Kaufleute für Hafenbau und Strombau, Steuerleute 160, 150, 140, 130, 120 Pfg.

**Lohnbewegung der Transportarbeiter.** Gestern brachte die Wilhelmshavener Zeitung eine Notiz wonach der Streit der Transportarbeiter zu Ende geht. Zur schnelleren Löshungen der auf dem Bahnhofe eingeflossenen Güter hatten die Bahn und auch die Militärverwaltungen den Empfängern Hilfskräfte gestellt. Was die Wilhelmshavener Zeitung mit dieser Notiz bezwecken will, dürfte uns schwer zu erraten sein. Offenbar sollen damit Arbeitswillige nach hier gelost werden. Daß die Bahn und auch die Militärverwaltungen den Unternehmern Hilfskräfte gestellt haben ist richtig, vergessen hat der Notizschreiber nur, daß auch die Werkverwaltung den Unternehmern zu Hilfe gekommen ist. Erwähnt haben wir schon, daß auch die Polizei sich bereitwilligst als Mädchen für alles in den Dienst der Unternehmer gestellt hat. So haben die Streikenden allerdings einen schweren Stand. Nicht nur haben sie sich gegen notorische Streikbrecher zu wehren, sondern auch gegen die Leute, welche die verschiedenen Arbeiterkategorien einfach gegen ihren Willen zu Streikbrechern degradieren. Da heißt es einfach, der Bieri muß. Wie es mit den notorischen Streikbrechern auslieht, hat die Wilhelmshavener Zeitung gestern ja auch bereits geschrieben. Allerdings nicht im Zusammenhang mit besagter Notiz, sondern an anderer Stelle. Da heißt es, daß ein Kutscher eines Möbelwagens einen Laternenpfahl umgefahren hat. Einem anderen Kutscher wurde das Pferd scheu und kopierte aus Dangelweite auf dem Leib des Kutschers herum. Dieser Gaul ist offenbar nicht mit dem Arbeitswilligen zufrieden, sonst würde er nicht solche Sätze machen. Ein anderer arbeitswilliger Kutscher ist dieser Tage mit einem Leihwagen gefahren und hat ebenfalls die Laternen des Wagens einer eingehenden Umänderung unterzogen. Wie uns mitgeteilt wird, nicht zum Ruhm des Unternehmers. Wenn noch mehr solcher arbeitswilligen Leute vorhanden sind, dann gut Glück zu froher Fahrt. Die Unternehmer wissen auch ganz gut, daß solche Leute in günstigen Falle als Kauschreifer dienen, nachher, sagte ja ein Unternehmer, kann man sehen, wie man das Kropfzeug wieder los wird. Ehrliche Arbeiter haben mit solchen Elementen keine Interessegemeinschaft.

**Staatszuschüsse wegen des Schulstufes.** Um Schwierigkeiten der Gemeinden nach Uebernahme der Schulen vorzubeugen, hat das Oberstaatskollegium veranlaßt, daß den Gemeinden Vorschüsse auf den zu zahlenden Staatszuschuß geleistet werden.

**Das Gewerkschaftskartell** hält morgen abend bei Halme-land eine Sitzung ab, zu der außer den Kartelldelegierten auch die Gewerkschaftsvorstände und die Bezirksführer eingeladen sind.

**Wilhelmshaven, 14. April.**

**Von der Marine.** Die Kreuzer Emden und Bremen werden demnächst ihre Reise zur Handjahrfeier der argentinischen Republik nach Buenos Aires antreten.

**Operetten-Theater.** Gestern wurde der „Zigeunerbaron“ aufgeföhrt. Die Operette hat ihre alte Zugkraft ausgeht. Das Haus war recht gut besetzt. Gesungen und gespielt wurde auch gut. Das Publikum geizte nicht mit seinem Beifall (sowohl gegenüber den Sängern als auch den Musikern. Morgen, Freitag, wird die Operette „Wiener Blut“ gegeben. Auch sie ist aufs Beste zum Besuch zu empfehlen.

**Aus dem Lande.**

**Varrel, 14. April.**

**Essentielle Versammlungen der Fabrikarbeiter** finden statt am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Hof von Oldenburg in Varrel und am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Leveney (früher Wd. Meinen) in Obenstrolche. Zu diesen Versammlungen sind hauptsächlich die Ziegeleiarbeiter eingeladen. Herr Körner aus Hamburg wird referieren über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Ziegeleien. Arbeiter, agitiert für lebhaften Besuch dieser Versammlungen! Reine Zeit wie die heutige ruht Euch so dringend die Mahnung zu: Seid einig! Diese Mahnung ist um so beachtenswerter, als die Bauunternehmer gegenwärtig auf Gehäl und mit Unterstützung der Großindustriellen ihre Arbeiter auspersperen. Es soll verucht werden, die starken Organisationen der bauwerklichen Arbeiter zu vernichten und so die Arbeiterbewegung um mindestens 20 Jahre zurückzuwerfen. Würde dies gelingen, so würden den Ziegeleiarbeitern ebenfalls sämtliche Vorteile, welche die Ziegeleibesitzer in den letzten Jahren notgedrungen einfließen mußten, wieder genommen werden. Es würde wieder die 16 bis 18stündige Arbeitszeit bei geringem Lohne eingeföhrt werden, wie sie zu Anfang dieses Jahrhunderts bestand. Derjemige Arbeiter, der heute noch einer Organisation fern-

steht, veründigt sich an Arbeitskollegen und Familienangehörigen.

**Osternburg, 14. April.**

**Ein Diebesnest** wurde in dem Hause eines Bauarbeiters entdeckt. Man fand eine große Anzahl gestohlener Fahrräder und Handwertgeräde. Entfangen wurden die Fahrräder durch Einsehen anderer Arbeitsleute unfernlich gemacht. Der Dieb geriet in Haft.

**Schiffede, 14. April.**

**Der Gemeinderat** beschloß in seiner Sitzung am Dienstag, das Gehalt des Gemeindevorsethers um 1200 Mk. zu erhöhen, jedoch daselbe 3000 Mk. betrag. Dem Gemeindevorsetzungsleiter wurden zwei Prozent der Schulmüllagen als Vergütung gewährt. In den Schuloorstand der katholischen Schule wurde Schriftföhrer Behne gewählt. Ein Antrag des Rennovereins, die Clausur über den Rennpflug zu verlegen, wurde abgelehnt. Die Anlieger des Hochbeterweges, nördlicher Seite, sollen aufgeföhrt werden, sich zu erklären, ob sie den am Wege entlang föhrenden Entwässerungsgraben instand halten wollen, andernfalls soll der Graben zu einem öffentlichen Entwässerungsgraben erklärt werden. Ein öffentlicher Gemeindegang soll von der Schule Eghorn II durch die Rändereien von F. Köben, S. Hanken usw. angelegt werden.

**Nordenham, 14. April.**

**Aufgehoben** ist der über Damms Konzerthaus verhängte Boykott, nachdem der Anhaber sich verpflichtet hat, hinfür nur Zweischtelgelder zu föhren. (Eiese Inzerat.)

**Kleine Mitteilungen aus dem Lande.** Bei den Rekonstruktionen des Amtsbezirks Friesoythe sind viele Holländer und Golländer beschäftigt. Da unter diesen viele unruhige Elemente sind, die zu Ausschreitungen neigen, ist man über diesen Gemeindegang im allgemeinen nicht sehr erbaud. — In einer Wiese in Bremen-Nord ist eine Heidegrube aus Zarnow betroffen, das wegen Hindernisses von der Staatsammthalt Verzeihen gestift wird. Das Wädden wurde dem Gerichte übergeben.

**Aus aller Welt.**

**Opfer der Schundromane.** Mehrere Kerzte in Altona erhielten in den letzten Tagen anonyme Schreiben, in denen sie aufgefordert wurden, eine Summe von 300—400 Mk. an einer genau bestimmten Stelle außerhalb der Stadt niederzuliegen, andernfalls hätten sie nur noch einige Tage zu leben. Einzelne der Bedrohten steckten den Brief einfach in den Ofen, andere dagegen übergaben ihn der Kriminal-polizei. Diese legte nun an der bestimmten Stelle einen fingierten Brief nieder und ließ den Ort genau beobachten. Bald darauf stellte sich ein junger Burche ein, um das erwartete Geld abzuholen. Er wurde verhaftet und als ein in der Arnoldstraße wohnender Maschinenbaulehrer ermittelt. Der Verhaftete will durch das Studieren von Schundromanen zu dem Veruche veranlaßt worden sein.

**Kleine Tageschronik.** In Hamburg wurde der stöhliche Reisende Wegner verhaftet, der für eine Bremer Firma Gelder ohne Auftrag einstellerte und für sich verordnete. — In Bocholt (Westfalen) wurde einem 12jährigen Knaben beim Fußballspiel ein Ball so heftig gegen den Leib geschleudert, daß er an den schweren inneren Verletzungen in kurzer Zeit starb. — Das Schwurgericht in Saarbrücken verurteilte den Schüler Gollig zum Tod. Er hatte im Mai vorigen Jahres am Gaarder den Arbeiter Toff erschossen. — Auf der Fohr Ruffas bei Dortmund öffnete sich während der Leutenförderung der Verschub des Förderbetriebes. Von vier Leuten, die in den Schocht fielen, wurden zwei getötet und zwei verletzt. — Der Jugendgerichtshof in Düsseldorf hat den 17 Jahre alten Peter Tromberg, der am 6. Januar seinen Vater, den dem Brande ergebnen Arbeiter Franz Tromberg, infolge traueriger Familienverhältnisse durch einen Schuß ins Gehirn tötete, zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. — Bei dem Brande des Hauses des Sattlers v. d. Metten in Rees blieb die Frau mit ihrem Säugling in den Flammen. — Bei Ritterhude wurde ein Arbeiter, der im letzten Augenblick den Bahndammgang passieren wollte, vom Schienenzug erfasst und getötet.

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin, 14. April.** Gestern wurden hier sieben Personen überfahren und davon zwei schwer verletzt. Dabei sind die durch Ueberfahren verursachten leichten Verletzungen nicht gezählt.

Im Bundesrat soll die Vorlage über die Schiffahrtsabgabe der Verabschiedung nahe sein. Es sind daher zur endgültigen Abstimmung die stimmberechtigten Bundesratsmitglieder hier eingetroffen.

**Stettin, 14. April.** Ein schweres Unglück hat sich bei der Liebungsfloste vor Sahnij ereignet. Der kleine Kreuzer „München“ rannte das Torpedoboot „F 122“ an. Das Boot wurde gerade in der Mitte getroffen und völlig aufgerissen. Die Maschine wurde bloßgelegt. Dabei wurden zwei Mann vom Maschinenpersonal namens Käster und Gené getötet, mehrere verletzt. Sofort kamen andere Torpedoboote dem getroffenen Boot zu Hilfe. Es gelang, daselbe vor dem Sinken zu bewahren und wurde es von den Torpedobooten „F 128“ und „V 160“ in die Mitte genommen und nach Swinemünde gefleppt.

**Marzelle, 14. April.** Die eingeschriebenen Seeleute beschlossen den Streit allein fortzusetzen und die Streikenden anderer Berufe aufzuföhren, die Arbeit wieder aufzunehmen.

**London, 14. April.** Gestern ist von hier eine Arbeiterdeputation nach Deutschland abgereist, um die sozialen und Arbeiterverhältnisse nebst der einschlägigen Gesetzgebung zu studieren.

**Briefkasten.**

**Nach Rennde.** Auch die Westfälischenvereinte gilt als steuerpflichtiges Einkommen.

**Verantwortlicher Redakteur:** C. R. H. in Varrel. Verlag von Paul Dug in Varrel. Rotationsdruck von Paul Dug & Co. in Varrel.

**Hierzu eine Beilage.**

# Unwiderrufliche Totalauflöung meines Geschäfts.

Ich bin daher gezwungen, sämtliche noch in grosser Auswahl vorhandenen

## Herren- u. Knaben- Garderoben zu Spottpreisen zu verschleudern.

Es muss bis auf die Stangen herunter ausverkauft sein. Daher wird zu nie dagewesenen Preisen verkauft. .. Eile tut not! .. Sonst sind die besten Sachen vergriffen.

### Achtung!!

Bringen Sie diese Annonce mit. Vorzeiger erhält trotz der Ausverkaufspreise beim Einkauf von 20 Mk. ~~20~~ 1 Mk. (in Buchstaben eine Mark) an der Kasse zurück.

Daher gehe jeder, wer gute Herren- und Knaben-Garderoben spottbillig kaufen will, nur zum

## Total-Ausverkauf Nicolaus Clausen :: Wilhelmshaven : Marktstrasse 11.

Wilhelmshaven :: Tonhallen.

## Grosser Zirkus Gebr. Pütz.

Heute Donnerstag 8 1/4 Uhr:

### Gala-Elite-Vorstellung mit Riesen-Weltstadt-Programm.

Täglich abends 8 1/4 Uhr:

### Grosse Vorstellung.

Verkauf im Zigarrengeschäft Goldberg, Marktstr. 8.

- Wappomade Dose 15 Pf., Schmirgel 1 Bogen 5 Pf.
- Wibbelpolitur-Pomade 1 Dose 20 Pf.
- Puststeine Stück 15 Pf., Seesand.
- Böhner-Masse 1 Pfd.-Dose 70 Pf., 1/2 Pfd.-Dose 40 Pf.
- Sondin (bester Djenpuh) 1 Dose 8 und 20 Pf., 1 Duzend 85 Pf. und 1.80 Mk.

**J. H. Cassens, Schaar**  
und Bant, Peterstraße 42.

## Favorit-Schnitte

für jede Art Frauen- und Kinderkleidung zur bequemen Selbstanfertigung.

Frau Zirbeck, Heppens, Müllerstr. 34.

## Operette!

Burg Hohenzollern.

Gastspiel: Paul Stampa und Dora Dorsay vom Stadttheater Würzburg.

Freitag den 15. April:

## Wiener Blut.

Operette in 3 Akten von Joh. Strauss.  
Grün . Fr. Dorsay. Graf . Herr Stampa.

Vorverkauf Gebr. Ladewigs.

Verband der Hausangestellten

Ortsgruppe Kükringen-Wilhelmshaven.  
Sonntag den 16. April cr. bei Hahneland, Grenzstr. 38:

## 1. Stiftungsfest

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Festkomitee.

Alg. Ortskrankenkasse - Schorlens. -

Am Sonntag den 24. April nachmittags 6 Uhr:

## General-Versammlung

in Schenerings Lokal.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung.
2. Verschleudenes.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

## Todes-Anzeige.

Heute morgen 8 1/4 Uhr starb nach kurzer heftiger Krankheit unser kleiner Sohn u. Bruder

### Eilt Ommen

im Alter von 1 Jahr, 20 Tagen. Tiefbetrübt von seinen Eltern, Verwandten und Angehörigen.

Johann Ommen und Frau Anna, geb. Janßen, nebst Kindern

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittag um 3 Uhr vom Trauerhause, auf dem Neuer Friedhof statt.

Trauerbriefe etc. fertigt an Paul Hug & Co.

Hatte Gelegenheit

## einen Doppelwaggon Steingut-Lagerreste

wie auch leicht beschädigte Waren billig einzukaufen.

Ich empfehle solange Vorrat reicht:

Kinderbecher, weiß, Stück 6 Pf., bunt Stück 7 Pf.	Vorratsstollen, weiß . . . . . 28 Pf.
2 1/4 1/2 1/2 1/2 1/2 Liter.	Salzfässer, halbrund, weiß . . . . . 28 Pf.
Milchköpfe, bunt 45 24 18 16 12 8 Pf.	mit gerader Rückwand . . . . . 48 Pf.
Bunte und weiße Dessert-Teller Stück . . . 5 Pf.	mit Holzrückwand . . . . . 58 Pf.
Bunte große Speise-Teller Stück . . . . . 8 Pf.	klein mittel extra groß
Glockenschüsseln, oval, mit Deckel, bunt . . . 45 Pf.	Kübel . . . . . 35 Pf. 50 Pf. 75 Pf.
ohne . . . . . 30 Pf.	geriffene . . . . . 20 Pf.
Terrinen, oval, ohne Deckel, bunt . . . . . 45 Pf.	Obertassen, weiß, ohne Hfl. Dh. 10 Pf., mit Hfl. 25 Pf.
Gemüsekummen, rund, bunt, Stück . . . . . 28 Pf.	Wassgeschirre, weiß . . . . . 25 35 Pf.
weiß . . . . . 10 18 24 30 Pf.	Wassschalen, weiß . . . . . 18 28 42 Pf.
weiß, geriffene . H. 5, gr. 10 Pf.	geriffene, Stück . . . . . 10 Pf.
Fleischplatten, bunt, oval . . . . . 28 35 45 Pf.	Wassservice . . . . . 1.45 1.65 2.15 Mk.
Brothörche, bt., oval, 45, Aufsätze a. Fuß, bt. 28 Pf.	Tafelservice für 6 Personen . . . . . 5.50 Mk.

Dieser Verkauf findet nur in der 1. Etage statt.

**August Schmidt, Marktstr. 13.**

Deutscher Metallarbeiter - Verband

Zahlstelle Oldenburg.



## Nachruf!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am 12. d. M. unser Kollege der Schlosser

## Leo Lis

nach längerer Krankheit im Alter von 21 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Die Beerdigung findet am Freitag den 15. April, vom Pius-Hospital aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.





### Die neue Reichswertzuwachssteuer.

In Ergänzung unserer neulichen Mitteilung tragen wir noch nach: Bekanntlich hatte die Finanzkommission im vorigen Jahre, nachdem die Vorse ausgediehen war, einen entsprechenden Gesetzentwurf den verschiedenen Steuergelehrten einverleibt. Auf Betreiben der Regierung wurde die auch technisch völlig verarbeitete Arbeit des Schnapsblods zurückgezogen und in das Reichssteuergesetz eine Bestimmung aufgenommen, wonach bis zum 1. April 1911 ein Gesetz vorzulegen sei, in welchem über die Einführung einer Reichsabgabe von der unveränderten Wertsteigerung bei Grundstücken mit der Bestimmung getroffen werden soll, daß die Abgabe dem Reich mindestens 20 Millionen Mark jährlich einbringt.

Die erheblichen Mindereinnahmen aus verschiedenen neuen Steuern, namentlich aus der Branntweinsteuer, haben die Regierung zur Eile angespornt und sie den Entwurf schon jetzt — also fast ein volles Jahr vor dem festgesetzten Termin — einbringen lassen. Als Wertzuwachs ist nach der Begründung die Erhöhung anzusehen, die zur Zeit der Besitzdauer — also regelmäßig von dem Erwerbe bis zur Veräußerung — eingetreten ist. Sie findet in dem Unterschiede zwischen Erwerbspreis und Veräußerungspreis ihren Ausdruck. An die Stelle des Preises tritt, so weit ein solcher nicht vereinbart oder nicht richtig angegeben ist, der Wert zu dem entsprechenden Zeitpunkt. Der Steuer soll grundsätzlich jeder Wertzuwachs auf Immobilien, der ohne Zutun des Besitzers entstanden ist, unterliegen. In Abzug können bei der Veräußerung gebracht werden die gemachten Aufwendungen bei dem Erwerb, und die für die Vermittlung gezahlte Gebühr, sowie die Aufwendungen für Bauten und Umbauten, Reparaturen für die Anlage der Erträge, für Sanalisierung, die innerhalb des für die Steuerberechnung maßgebenden Zeitraums aufgewendet worden sind. Wenn, so sagt die Begründung, als Wertzuwachs ohne Rücksicht auf Schenkungen der Zwischenzeit lediglich der zur Zeit des Eintritts der Steuerpflicht vorhandene Zuwachs anzusehen ist, so kann als steuerfrei Zuwachs nur der Betrag gelten, der in diesem Augenblick als die Folgewirkung von Maßnahmen des Eigentümers noch vorhanden ist.

Die Zuwachsteuer soll betragen:

5 Prozent	von mehr als 10 Prozent des Erwerbspreises
5 1/2 "	" " " " " " " "
6 "	" " " " " " " "
20 "	" " " " " " " "

usw., immer um 1/2 Prozent ansteigend, bis die Steuer bei 400 Prozent unveränderter Gewinn 12 Prozent erreicht. Die Abgabe erhöht sich, sofern zwischen Erwerb und Veräußerung ein Zeitraum von nicht mehr als dreißig Jahren liegt, für jedes Jahr der kürzeren Besitzdauer um 7 v. H. des Steuerbetrags.

Beträgt der Zeitraum zwischen Erwerb und Veräußerung mehr als zehn Jahre, so werden von dem steuerpflichtigen Zuwachs für das erste Jahr der längeren Besitzdauer 4 von Hundert und für jedes fernere Jahr weitere 3—10 von Hundert des Erwerbspreises bis zum Höchstbetrag von 10 von Hundert steuerfrei gelassen. Von dem hiernach verbleibenden Teil des Zuwachses sind die Steueranteile zu entrichten, die unter Einrechnung des steuerfreien Betrags in Anwendung kommen würden. Befreit von der Zuwachsteuer bleiben diejenigen Personen, denen ein Grundstück aus Erbe zufällt, auch beim Erwerb aus Grund von Verträgen, die zwischen Miterben oder Teilnehmern an einer ehelichen oder sonstigen Gütergemeinschaft zum Zwecke der Teilung der zum Nachlaß oder zum Gesamtgut gehörigen Gegenstände abgeschlossen werden.

Die Bestimmung zeigt deutlich den agrarischen Charakter des Gesetzes, denn durch diese Bestimmung werden alle Güter, die, wie das auf dem Lande zumelirt der Fall

auch kaum auf die Predigt, aber er empfand mit wahrer Ehrlichkeit die wehrvolle Stimmung in sich selbst, die noch durch den Klang der Orgel gehoben wurde. Er bildete sich ein, Gott näher zu sein als die übrigen, und wenn er wieder hinaustrat, an das blendende Licht des Tages, dann glaubte er etwas von jener innerlichen Sühne mit sich herumzutragen, die Pasten ihm empfohlen hatte.

Dort, die mit dem Rinde regelmäßig bei ihm spielte und die ihn immer nur als einen in religiösen Dingen lehrer freien Geist kennen gelernt hatte, begriff sein neues Wesen nicht recht und fragte ihn mehr als einmal, ob er auf seine alten Tage noch fromm werden wolle.

„Man sollte die Kirchen offen lassen für alle diejenigen, die sie aufsuchen wollen.“ gab er kurz zurück, ohne weiter auf das Thema einzugehen. Er bildete sich nun ein, das Eisen schmiede ihm besser und er werde mehr Schlaf in der Nacht haben. Stellte sich dann die alte Unruhe wieder ein, so betäubte er sich auf seine alte Weise. Er setzte sich abends in sein Arbeitszimmer, ließ sich von Friedrich eine kleine Weinbittere verschreiben, trank übermäßig und tauchte dazu schwere Zigarren. Zu Doppel ging er gar nicht mehr, denn er mißte die alten Bekannten, wie man Leute meidet, denen man anzusehen vermeint, daß sie alles das wissen, was man verschweigt.

Eines Sonntags nahm er auch seine Entlein mit in die Kirche. Olga zählte nun bereits sieben Jahre und war ein recht verständiges Kind, das sich außerordentlich an ihn gewöhnt hatte. Die Großväterchen nicht war, da fühlte sie sich unglücklich. Sie empfand, daß er in seinem ganzen Wesen anders wie die Eltern geteilt war, nicht so streng wie Papa und auch nicht so launisch wie Mama. Er hatte die Gabe der Beharrlichkeit, mit der man Kinder durch liebevolle Wiederholung belehren kann, und so lautete sie seinen Worten wie kleinen Offenbarungen. Wenn sie nach Rindertat etwas wissen wollte, so gab niemand bessere Auskunft als er, und zwar tat es er immer mit den nötigen Vergleichen, die Kinder so sehr liebten. Auf eine Hand voll Noten kam es ihm dabei nicht an, denn die Welt der Kleinen wollte immer ihre Märchen haben.

(Fortsetzung folgt.)

ist, durch Erbgang in andere Hände übergehen, von der Steuer befreit; befreit sind ferner, was immerhin ins Gewicht fällt, der Landesfürst und die Landesfürstin, das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeindevorstände. Erhoben wird die Steuer von den Bundesstaaten, denen 40 Prozent zufallen soll. Die Gemeinden erhalten 10 Prozent, sodas das Reich nur die Hälfte der erhobenen Steuern erhält.

### Gewerkschaftliches.

#### Ein Kongreß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands.

Der dem Reichstage kurz vor den Osterferien zugangene Entwurf einer Reichsversicherungsordnung bringt neben einigen notwendigen und seit Jahren erwarteten Reformen derart erhebliche Verschlechterungen für die versicherte Arbeiterschaft, daß derselbe den einstimmigen Protest der gesamten Arbeiterschaft herausfordert. Bereits der vorjährige, zur öffentlichen Diskussion gestellte Vorentwurf begreift in den Kreisen der Versicherten und Arbeitgeber eingehender Zurückweisung. Der neue Entwurf hält im wesentlichen an den reaktionären Plänen der Reichsregierung gegen die Selbstverwaltung der Versicherten fest und es bedarf der taftschäftigsten Agitation der Arbeiterschaft aller Organisationsrichtungen, um rechtzeitig auf die Beratungen des Entwurfs im Reichstage Einfluß zu gewinnen.

Es war anzunehmen, daß die erste Beratung im Reichstage kurz vor der Vertagung des letzteren stattfinden und der Entwurf einer Kommission zugewiesen würde, die während des Sommers tagen sollte. Nunmehr berichtet die Tagespresse indes, daß beabsichtigt sei, die Vorlage schon in der ersten Woche nach dem Selbmentritt des Reichstages, also in der Zeit vom 12. bis 16. April, in erster Beratung zu erledigen und eine Verständigung in der Kommission über die neuen Grundzüge der Reform noch vor der Vertagung des Reichstages herbeizuführen. Die letztere ist bereits für die erste Woche im Mai vorgelesen. Dieses beschleunigte Tempo der Verabschiedung eines so umfangreichen Gesetzes zwingt die Arbeiterschaft, sofort Stellung zu dem Entwurf zu nehmen und ihre Forderungen geltend zu machen, denn jede Aktion der Arbeiterschaft, um auf die Befreiung des Gesetzes einzurücken, würde verehlicht sein, wenn die Grundzüge des Gesetzes bereits in der Kommission festgelegt sind.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat die Benachteiligung eines

Allgemeinen Kongresses aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten Deutschlands zum 25. April d. Js. in Berlin in Aussicht genommen. Zu diesem Kongreß sollen alle Organisationen gewerkschaftlichen Charakters zugelassen werden, und es sind bereits die entsprechenden Einladungen an die Zentralverbände, sowie an die Zentralen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, Christlichen Gewerkschaften und die Polnische Berufsvereinigungen ergangen. Auch die sonst bestehenden Organisationen gewerkschaftlichen Charakters von Arbeitern und Angestellten, die keiner Zentrale angehören, können an diesem Kongreß teilnehmen und wollen sich diesbezüglich mit der unterzeichneten Generalkommission in Verbindung setzen.

Das Tagungsort als sowie die Tagesordnung und die Referenten des Kongresses werden bekanntgegeben, sobald ein Einverständnis darüber mit den übrigen Gewerkschaftszentralen erzielt ist.

Wir bitten alle Gewerkschaften Deutschlands, ungekürzt zu diesem Kongreß Stellung zu nehmen und hoffen, daß die Beteiligung an demselben der Bedeutung der notwendigen Abwehraktion entspricht. Ungehörliche Umstände sind es, die ein solches Handeln bedingen. Die deutsche Arbeiter-

schaft wird zeigen, daß sie ihre Rechte und Interessen wohl zu wahren weiß.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Berlin SO. 16, Engelauer 14/15.

### Aus dem Lande.

Schorens, 14. April.

Wom Blig erschlagen wurde im Stalle gestern nachmittag ein einjähriges Rind des Landw. J. Jürgens zu Al. Ditten. Sonst ist durch diesen Bligschlag kein Schaden angerichtet worden.

Die Freie Turnererschaft Destringsen hält am Sonnabend abend ihre Monatsversammlung ab. Da eine wichtige Tagesordnung vorliegt, so bleibt kein Mitglied der Versammlung fern.

Delmenhorst, 14. April.

Achtung, Zimmerer! Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der hiesigen Zählstelle des Zimmererverbandes findet am Sonnabend dem 16. d. M. im Lokale des Wirtz Wehmeier statt. Wegen wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich. Die Versammlung beginnt präzis 6 1/2 Uhr nachmittags. (Siehe Anz.)

Lichtbildervortrag über Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie. Dieser Vortrag findet am Sonnabend dem 16. April in den Spiegelgärten statt. Die Metallarbeiter-Zeitung schreibt in einem Bericht aus Halle darüber:

„In geladener Gruppierung des Stoffes machen uns die farbenreichen Bilder bekannt mit der Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industrieland. Sie zeigen uns dann drastisch das Anwachen der Unfallzahlen, die Folgen der Unfälle, die Schutzmaßnahmen auf den verschiedenen Gebieten der Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, die sanitär und hygienisch mögliche Vorbeuge und unendlich vieles andere. Die angenehme, von gründlicher Sachkenntnis zeugende Vortragsweise des Referenten trägt wesentlich dazu bei, daß weder der Gesamteindruck seiner Ausführungen noch das Wichtigste aus den Spezialangaben wieder vergessen werden kann. — Der zweite Teil des Vortrages führt uns unter anderem die verheerenden Wirkungen des Stein- und Metallstaubes einbringlich vor Augen. Weiter werden uns alle Maßnahmen gezeigt, durch welche die am Leben der Arbeiter freilebenden Berufsanklagen beseitigt oder doch gelindert werden können. Auch die Einwirkung des übermäßigen Alkoholgenusses auf transthafte Veränderungen des Herzens und des Magens werden in farbigen Bildern auf die Leinwand gebracht. In seinen Schlüsselbetrachtungen zeigt der Vortragende an der Hand einer großartigen Darstellung, was seine Gewerkschaft bereits für die Metallarbeiter erreicht hat, wie unendlich viel es aber noch zu tun gibt, ehe der Arbeiter ein Leben als Autonomie führen kann.

Der sehr starke Beifall ließ erkennen, wie ausgezeichnet es dem Redner gelungen war, die Zuhörer zu fesseln. Auch die zahlreich anwesenden Frauen erkannten gern an, daß sie dem Vortragenden mit lebhaftem Interesse auf ein Gebiet gefolgt waren, das durch einen Vortrag ohne Lichtbilder kaum mit größerem Nutzen für die Zuhörer behandelt werden kann. Es wird nicht ausbleiben, daß die anderen Gewerkschaften dem Metallarbeiter-Vortrag auf dem betretenen Wege folgen und für ihre Berufsangehörigen derartige Lichtbildervorträge arrangieren werden. Genosse Lauterbach unternimmt bis Ostern eine Vortragsreise durch Mitteldeutschland. Das gehaltvolle Referat verdient, das es überall einen starken Beifall findet, und zwar nicht nur aus den Kreisen der Metallarbeiter.“

Die Jahresberichte der hiesigen Textilbetriebe und welche Lehren muß die Arbeiterschaft daraus ziehen, lautet das Thema einer öffentlichen Textilarbeiterversammlung, die

### Kleines Feuilleton.

#### Wie viel Licht verschlucken die Tapeten?

Wir lesen in der Zeitschrift Die Bauwelt (Verlag M. Klein & Co., Berlin): Die Farbe der Tapeten ist für die Größe der in einem Zimmer herrschenden Helligkeit durchaus nicht gleichgültig, und sie steht mit der ökonomischen Ausnutzung der künstlichen Beleuchtung in enger Beziehung. Die Tapeten werfen nämlich je nach ihrer Farbe einen Teil des Lichtes, das auf sie gefallen ist, wieder zurück und in das Zimmer hinein, während sie einen anderen vernichten, gewissermaßen verschlucken, „absorbieren“, wie der technische Ausdruck lautet. Je höher das Lichtabsorptionsvermögen einer Tapete ist, in desto geringerem Grade wird natürlich das Zimmer erhellt und desto unökonomischer ist die Ausnutzung der künstlichen Beleuchtung, wird doch ein Teil des für sie ausgegebenen Geldes lediglich für das von der Tapete vernichtete Licht aufgewendet. Nach neueren Untersuchungen hängt die Lichtabsorption in erster Linie von der Farbe der Tapeten resp. von der des Anstriches ab, mit dem die Wände versehen sind. Am günstigsten verhalten sich in dieser Hinsicht natürlich die weißen Tapeten resp. Anstriche, aber auch sie verschlingen immerhin noch 50 Prozent des auf sie gefallenen Lichtes, während sie die übrigen 50 Prozent wieder in das Zimmer zurückstrahlen. Am nächsten in der Lichtwirkung kommen die gelben Tapeten, die 45 Prozent zurückstrahlen und 55 Prozent vernichten. Dann folgen die hellgrünen, deren Absorptionsvermögen sich auf 60 Prozent beläuft, während 40 Prozent des aufgetragenen Lichtes zurückgestrahlt werden. Dunkelgrüne Tapeten und rote verhalten sich vollkommen gleich; sie strahlen 15 Prozent zurück und verschlingen volle 85 Prozent.

Bestrautes Totbeten. Vor dem Landgericht Münden wurde am Sonnabend ein Fall verhandelt, der ein grelles Schlaglicht auf das geistige Dunkel wirft, in dem gewisse Teile der Bevölkerung dahinleben. Eine Bäuerin in der Nähe Mündens, Mutter von neun Kindern, war seit Jahren mit ihrem Mann unzufrieden, weil er gern trank. Sie

hätte gar zu gern, wie sie ausjagte, eine Veränderung gehabt, d. h. es wäre ihr sehr lieb gewesen, wenn der Mann das Zeitliche gefegnet hätte. In ihrer Not wandte sich die Bäuerin an ein früheres Dienstmädchen, eine jetzt in Münden lebende Tagelöhnerin. Diese versprach Hilfe, wenn die Bäuerin mit dem Zahlen nicht fargen wollte. Sie versprach, den Bauern totzubeten. Nun schlossen die beiden Weiber im Jahre 1905 den Pakt. Die Tagelöhnerin fing mit dem Totbeten an, aber alle die Jahre hindurch erfolglos, denn der Bauer lebt heute noch. Dafür wurden der Bäuerin insgesamt 800 Mk. abgenommen, abgesehen von den freiwilligen Lieferungen und Geschenken an Naturalien. Wegen Betrugs hatte sich nun die Tagelöhnerin vor der Strafkammer zu verantworten. Das Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht sagte die Sache jedoch milder auf und die Angeklagte kam mit sechs Wochen Haft davon.

### Literarisches.

Führer durch die Strafprozedur. Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Vollzug. Von Dr. Hugo Steinmann, Rechtsanwält. Verlag Buchhandlung Bernhardt, Berlin SW. 68. Zweite erweiterte und gänzlich umgearbeitete Auflage. — Die Prozedur gibt die wichtigsten Rechte, welche dem Zuliebenden, der in ein Strafverfahren gegenüber den Behörden, der Staatsanwaltschaft und der Polizei verwickelt ist, in Kürze wieder. Da gerade organisierte Arbeiter — durch die „Kammerfänger“ der Behörden — leicht Gefahr laufen, bei Fingelattverbreitungen, Abhalten von Versammlungen usw. mit Polizei und Gerichten in Konflikt zu geraten, sollte dieses nützliche Heftchen bei keinem organisierten Arbeiter fehlen, um so mehr, als der billige Preis von 30 Wp. die Anschaffung leicht macht. Zu beziehen ist der Führer durch alle Buchhandlungen und Postrezepte.

Die Kunst der Rede von Wittich. Dritte ergänzte Auflage 112 Seiten. Preis broschiert 1 Mk., gebunden 1,50 Mk. Verlag von Witz, Leipzig. — Das inhaltreiche und belehrende Werk erweist sich, wie seine Auflage beweist, allgemeiner Beliebtheit. Es ist vom Verleger an Stelle des verstorbenen Verfassers neu bearbeitet und ergänzt worden. Allgemein begrüßt dürfte werden, daß im Anhang die Geschäftsordnung des Reichstages in ihrem wesentlichen Teile abgedruckt worden ist, die vorbildlich für andere Versammlungen geworden ist. Allen, die reden oder Redner werden wollen, ist das Buch bestens zu empfehlen.



am Freitag, 15. d. M., abends 8 Uhr in den Spiegelklimm stattfinden. Das Sekret hält der Gauleiter Döhler aus Hannover. Zu dieser Versammlung hat jedermann Zutritt und Kostenfreiheit.

Nach dem Theaterabend des Gorthebundes am Freitag, 15. d. M., abends 8 Uhr machen wir nochmals aufmerksam. Zur Aufführung gelangt das Jüdische Drama „Gespensier“. Eintrittskarten sind in den Buchhandlungen zu haben. (Siehe Anzeige.)

Einen Ball hält der Sparklub Familienfreunde am Sonntag, 17. d. M. im Lokale des Wirts Felix Franz ab. Einswarden, 14. April.

Sozialdemokratischer Wahlverein. In der Mitgliederversammlung in der vorigen Woche hielt zunächst der Parteisekretär Schulz einen Vortrag über das neue oldenburgische Schulgesetz. Sodann wurde die Abrechnung über das dritte Quartal mitgeteilt, das ein sehr günstiges Ergebnis aufweist. Danach betrug die Einnahme 247 Mark und die Ausgabe 110,74 Mark. In die Wahlkreisliste wurden 118,13 Mark abgesetzt. Es wurden 127 neue Mitglieder aufgenommen, so daß die Zahl der Mitglieder am Schluß des dritten Quartals 262 männliche und 31 weibliche Mitglieder betrug. Beschlüssen wurde, für die weiblichen Mitglieder besondere Versammlungen zu arrangieren. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Bedache erteilt. — Nach dem Bericht der Waiseier-Kommission, der auch erstattet wurde, soll die Feier in zwei Sälen abgehalten werden. Der Arbeiter-Turnverein vorwärts wird dabei mitwirken. Auch der Arbeiter-Gesangverein Freiheit wird sein Bestes zum Gelingen beitragen. Die Waiseier wird eröffnet mit einem Ausmarsch nach Blexen unter Vorantritt einer Musikkapelle. Dort wird die Demonstrationsoberleitung stattfinden, an welche sich dann ein Morgenkonzert anschließt. Weiter beschloß die Versammlung sich wieder mit der Frage der Jugendigkeit der Mitglieder zu dem Bürgerverein. Doch wurde die Angelegenheit nicht erledigt. Sodann beschloß die Versammlung an den Gemeinderat ein Gesuch zu richten, wonach die Kinder der Kolonie nicht nach der Schule in Wiefsewarden eingeschult, sondern in der Schule zu Einswarden besorgen werden möchten, da hier doch über kurz oder lang ein Neubau nötig würde. Nach- dem wurde noch eine Kommission gewählt, welche Vorschläge bei den Kolonisten im Vorstadium zu machen hat. Gewünscht wurde ferner ein neuer Schriftführer, ein Bezirkskassierer und auch noch vier neue Mitglieder zur Verklärung der Waiseierkommission. Darauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Eine Gemeinderatsitzung fand am Dienstag in Michels Hotel statt. Es lag eine mit ca. 40 Unterschriften versehenen Petition vor von Kolonisten, die um eine Umfaltung nach Wiefsewarden bitten. Das Amt hatte den Vorschlag gemacht, eine Schulbaracke zu erbauen. Da aber kurz oder lang doch eine neue Schule gebaut werden muß — bei den Metallwerken werden 16 neue Wohnungen errichtet — wurde auf den Vorstoß des Amtes nicht eingegangen. Man beschloß vielmehr, bei dem Oberkschulkollegium die Genehmigung einzubringen, daß die vierklassige Schule in Einswarden vorläufig in eine fünfklassige umgewandelt wird. Die Klasse der älteren Kinder soll für das Sommerhalbjahr dann um 7 Uhr früh beginnen. Dadurch erledigt sich eine Umfaltung. Der Hauptlehrer in Einswarden soll gebeten werden, einen Lehrplan für eine fünfklassige Schule auszuarbeiten. — Als Armenrat wurde für den Bezirk Einswarden Herr A. Klump auf vier Jahre gewählt. — Die Chausseearme an der Gemeindegasse soll den Anliegern unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Dafür müssen diese die Ufer und Gräben in Ordnung halten. — Die Beschädigung des Boringergeweges wurde dem Herrn Boyfen-Nordenham für den Preis von 18000 Mk. übertragen. — In der Wasserleitungsfrage wurde ein Schreiben des Sachverständigen Wiese in Harburg verlesen, der empfiehlt, weitere Erkundigungen in Hinkenwerder, Altenwerder und Wiefsewarden einzuziehen, da dort dieselben Verhältnisse seien, wie an der Nordseite Oldenburgs. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, diese Erkundigungen einzuziehen.

Gesetzmünde, 14. April. Eigenartiges Verhalten eines Kapitän. Aus Kiel wird geschrieben: Ein eigenartiges Verhalten zeigte der Kapitän des Gesetzmündes Fischdampfers „Memento“ bei dem Untergang des holländischen Seglers „Memento mori“

am 6. April in der Außenbode. Aus der am Montag vor dem Amtsgericht stattgefundenen Verklarung geht hervor, daß „Memento mori“, Kapitän Souvereyn, mit Öerke nach Hamburg unterwegs war. Am 6. April, nachts 11 1/2 Uhr, kam ihm bei Bälter Feuererschiff ein Dampfer entgegen, beide Schiffe hatten das vorchriftsmäßige grüne Licht gelehrt. Hätte der Dampfer seinen Kurs beibehalten, so konnte er mit 100 Meter Abstand passieren, aber plötzlich zeigte er ein rotes Licht und der Kapitän des Seglers hatte gerade noch Zeit, feiner in der Kajüte sich befindenden Frau zuzurufen, der Segler würde gerannt, als auch schon der Dampfer den Segler bei Steuerbord Mant rechtswinkelig rammte. Als der Kapitän des Seglers sah, daß sein Schiff zu sinken begann, machte er die größten Bemühungen, sein Schiff, das nach dem Nordufer lag, nach dem Südufer zu drehen, um dort auf Strand zu setzen. Dieser Plan wurde auch dem Dampfer zugestimmt. Dieser überließ aber den Segler seinem Schicksal und fuhr weiter, so daß die Besatzung des Seglers auf sich selbst und ihr Boot angewiesen war. Ohne Boot hätten sie alle mit versinken müssen. Auf dem Segler befanden sich auch noch die Frau und zwei Kinder des Kapitän. Die Besatzung des Seglers ruderte nun nach dem entfernt liegenden geliebten Fischdampfer und blieb dann bis 5 Uhr morgens an der Unfallstelle; dann wurden sie in Holtkenau gelandet. Der Kapitän des Fischdampfers wurde aufgefordert, für den entstandenen Schaden Sicherheit zu hinterlegen. Dieser kümmerte sich jedoch um nichts, sondern fuhr weiter. Die Besatzung des Seglers konnte nur den Kasten mit den Schiffspapieren retten. Bei dem Zusammenstoß brannten die Laternen des Seglers hell und klar und waren nicht verdeckt, da das Großsegel nach Bord stand. Der Segler ist übrigens wieder gehoben und an der Ranaalmündung vor der Holtkenauer Werft auf Grund gesetzt worden. Nach Entschädigung kommt der Segler nach Kiel zur Reparatur. — Wenn sich die Sache wirklich so verhalten hat, so müßte dem Kapitän des Fischdampfers das Schifferpatent genommen werden.

**Gerichtliches.**

Ein Oberpostassistent und Stadtvorordneter als Fälscher und Betrüger bestraft. Der Oberpostassistent und Stadtvorordnete Schmidt in Oberfeld stand am Sonnabend vor dem dortigen Schwurgericht unter der Anklage, schwere Verbrechen im Amte begangen zu haben. Schmidt, der das besondere Vertrauen des Polizeidirektors besaß, hat in der Zeit von 1903 bis 1909 den Postkasten um etwa 15000 Mk. geschädigt. Er hat Privatverfälschungen, d. h. Fälschungen und ärztliche Krankenscheine gefälscht, ihm amtlich anerkannte Gelder unterzulegen und die betreffenden Bücher gefälscht und falsche Aufschlüsse vorgelegt. Es handelt sich um Löhne der Arbeiter und Unterbeamten. Für Vorschüsse der erkrankten und beurlaubten Unterbeamten hat er höhere Löhne in Anspruch gebracht, als zu bezahlen waren, ebenso wußte er sich erheblich rechtschwerdige Vorteile zu verschaffen, wenn zu Weh- nachten und Reuajahr Hilfskassen erforderlich waren.

Der Staatsanwalt beantragte vier Jahre Gefängnis, das Gericht billigte ihm mildere Umstände zu, erkannte aber dennoch auf drei Jahre Gefängnis, wovon drei Monate Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht wurden. Schmidt war vor vier Jahren speziell als Vertreter der Beamten in die Stadtvorordneterversammlung gewählt worden. Seine Verhaftung erfolgte am 16. November 1909, einige Tage vor der Stadtvorordneterwahl.

**Aus aller Welt.**

Eine sonderbare Ansprache. Der Berliner Volkszeitung wird geschrieben: „Mit Gegenwärtigem gestatte ich mir, der verehrlichen Redaktion eine Episode mitzuteilen, wie sie leider geschehen ist. Tag: Sonnabend, 2. April, mittags 12 Uhr. Kontrollversammlung für Landwehrenten. Ort: Bezirkskommando I Berlin, Buchstraße 8. Der aufsichtführende Offizier verteilte die für diesen Tag geltende Bestimmung: „für die Dauer des heutigen Tages setzen Sie unter den Militärgefehen, mit anderen Worten, das heißt — M — m — a — h — heute seid Ihr keine Sozialdemokraten!“

Soffentlich wird es den Offizieren unterstellt, in Zukunft derartige sonderbare, in jedem Fall unangebrachte politische Ansprachen zu halten, meint der Einsender. — Wir glauben es nicht.

Ein polizeiliches Dienstzeugnis. Ein in Spanbau beim Polizeikommissar Franzius in Stellung getretenes Dienstmädchen wurde nach drei Tagen entlassen, weil es der schweren Arbeit nicht gewachsen war. Sie erhielt dazu folgendes Zeugnis mit auf den Weg:

Franzius  
Polizei-Inspektor.  
Spanbau.  
Dienstmädchen . . . . .  
Dienstanztritt 16. 3. 1910.  
Dienstaustritt 19. 3. 1910.  
Sie geht nach gegenseitiger Uebereinkunft.  
Sie will nicht arbeiten, ist unfeindlich und bodenständig.  
Begrüßung  
Spanbau, den 19. 3. 1910.  
(Polizeistempel.) Wangelin, Polizeikommissar.

Es ist wirklich stark, wenn eine Herrschaft nach drei Tagen Dienst einem Mädchen ein solches Zeugnis ausstellt, zumal die Betreffende in ihrer ersten Stellung bei einem Oberleutnant zwei Jahre tätig gewesen und in ihrem dortigen Abgangzeugnis, das der neuen Herrschaft hoch jedenfalls vorgelesen hat, als fleißig, ehrlich und ordentlich in jeder Beziehung bezeichnet worden ist! Und da wundern sich die Herrschaften dann noch, wenn den Mädchen das Dienen verleidet wird und stimmen bewegliche Klagelieder über die Dienstbotennot an!

Ein „süßes Mädel“. In Freising im Bayerischen Wald, wo der Sacharinsmuggel blüht, begegnete ein Gendarmwachmeister auf seinem Patrouillengange einer jungen Böhmin, die ihm allzu drall vorkam. Er nahm die tief Eröckendete mit heim und ließ sie durch die Frau Wachtmeisterin einer gründlichen Leibesvisitation unterziehen. Da stellte sich dem heraus, daß die Böhmin mit Sachalin über und über gepollert war.

**Standesamtliche Nachrichten**

der Stadt Wiefsewarden vom 1. bis 8. April 1910.  
Geboren: ein Sohn: dem Marine-Oberarzt G. D. S. Brommundt, Kaufmann A. Th. Franzen; eine Tochter: dem Arbeiter J. Wübber.

Aufgebeten: Oberleutnant z. See R. F. Wölter hier und J. E. Wicemo zu Stuttgart, Buchhalter H. P. W. Vinbemann und M. D. M. Waatz zu Waggelburg, Plattenleger A. Th. Bönes zu Köln und M. Grueter zu Einzig, Marine-Feldwebel J. D. Böbers hier und M. S. J. Wühlerharden zu Wiefsewarden, Schneider G. S. Oberlobaum und S. Siebrand zu Bant, techn. Sekretär F. S. R. Peters und C. J. Kubahn hier, Altmeyer L. S. Bergen zu Bant und G. E. Emen zu Emden, Buchhalter J. H. Evers zu Heppens und E. S. Hebing hier, Arbeiter J. A. Schuler und S. H. Men zu Neuenort-Kurort, Arbeiter J. D. Dohlen und H. M. Thewfeld zu Heppens, Friseur M. W. H. Lenzert und H. R. Schmidt zu Danzig, Eisenbahnarbeiter H. M. D. Bräker hier und E. J. C. H. Joolten zu Wiefse, Oberpostassistent G. S. Harting hier und M. C. J. Brinmann zu Bant, Sanitätsfeldwebel H. Rungarten hier und Th. W. Hing zu Hehen a. R., Beringsänger C. R. F. Janze zu Hietheide und E. W. E. Kuit zu Neuenort, Obermahlstückenmaat F. G. Radloff zu Kiel und M. U. Margefeld zu Danzig, Forster J. D. H. Litten zu Ezer und H. M. Janjen zu Friedrichshafen, Schiffbauer W. C. H. Röhn hier und Th. M. E. Burow zu Bant, Landwirt R. E. Freese zu Hohenwarf und E. C. Heeren zu Langewerth, Werkzeugmacher R. E. H. Wilmann hier und E. L. Krug zu Langbermoor, Obermahlstückenmaat L. Schmidt hier und W. R. H. Axel zu Heryberg, Torpedomaschinist C. Brecht hier und J. Scholz zu Burg. Verheiratet: Lohnschreiber C. E. Gerber und H. V. E. Thöler, beide hier, Oberpostassistent W. Wühler und M. H. C. Stratemann, beide hier, Kaufmann G. Puls und A. J. Hopp, beide hier.

Gestorben: Kaufmann A. W. Jordan, 43 J. alt, Matrose G. Hofemann, 22 J., E. Boh, 9 J., Schuhmacherehrliche D. Fischer, 17 J., Invalide F. Otto, 46 J., Marine-Vermerker W. H. Hirschke, 61 J., B. Büchlich 23 J., Ehefrau E. Harms, 40 J., Schneiderin L. Kahlke, 31 J. alt; außerdem eine Totgeburt (Knahe).

**Versammlungs-Kalender.**

Sonnabend den 16. April.  
Nordenham.  
Transportarbeiter-Vereband. Abends 8 Uhr bei G. Harms.  
S. Hartens.  
Freie Turnerschaft Osttingen. Abends 8 1/2 Uhr bei G. Böb.  
Norden.  
Metallarbeiterverband. Nachmittags 4 Uhr bei Walter in Ostl.

Bohwasser.  
Freitag, 15. April: vormittags 4.52, nachmittags 5.11

Wenigteilige Rechtsanwaltsstelle in Emden: S. Moss, Große Brüdstraße 14.

**Bekanntmachung.**

Die Lieferung des Bedarfs der hiesigen Armenpflege und des Armenhauses für die Zeit vom 1. Mai 1910 bis dahin 1911 soll vergeben werden. Es sind zu liefern:

- 1. Kolonial- u. Manufakturwaren,
- 2. Brot (Schwarzbrot, Bremerbrot, Feinbrot),
- 3. Schuhzeug,
- 4. Trippen,
- 5. Rohlen.

Ueber den Bedarf im Einzelnen wird im Rathaus, Zimmer Nr. 2, und vom Armenhaus-Inspektor Gutzzeit Auskunft erteilt. Ortsangehörige wollen ihre Angebote (erent. mit Proben) vor dem 25. d. Mts. im Armenhause in Heppens abgeben. Heppens, den 12. April 1910.

Der Stadtmagistrat.  
Dr. Lueten.

**Bekanntmachung.**

Zu nicht abgeholt Personen-

standlisten sind umgehend auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 1, abzugeben. Ferner wollen sich dort diejenigen Personen melden, welche keine Personenstandliste zur Ausfüllung erhalten haben.

Bant, den 14. April 1910.  
Der Gemeindevorsteher.  
J. A. Frerichs, Beigeordneter.

**Bekanntmachung.**

Die Gemeinderatsbeschlüsse vom 12. d. Mts. betr.

- 1. das Statut über die Bildung eines Volksschulvorstandes,
- 2. das Statut über die Einführung der Bedürfnisfrage im Wirtsgewerbe,

liegen bis einschließlich 28. d. Mts. im Zimmer Nr. 3 des Rathauses öffentlich aus. Einwendung sind bis dahin anzubringen.

Bant, den 14. April 1910.  
Der Gemeindevorstand.  
J. A. Frerichs, Beigeordneter.

Die Mutter



gibt dem Kinde das Beste, —  
Kathreiners Malzkaffee.

Freibank  
am Schlachthof.  
Fleischverkauf  
findet statt  
morgen Freitag  
vormittags 7 Uhr  
nachmittags 6 Uhr.  
Schlachthofdirektion.  
Epering.

Garantie für guten Gang.  
Kandis ff.  
1 Pfd. 30 und 32 Pf., bei Aften  
29 und 31 Pf.  
J. H. Cassens  
Bant, Peterstr. 42, Schaar.



### Auktion.

**Einswarden.** Der Verarbeiter Wilh. Gerdes daselbst läßt wegen Wegzug am **Sonnabend den 16. April, nachm. 6 Uhr auf,** im Saale des Gastwirts Ad. Bultmann in Einswarden folgende Gegenstände, als:

- 1 Plüschsofa, 1 Vertikow mit Spiegel, 1 Bigarrentisch, einen Plüschteppich, 2 große Bilder, 1 Küchentisch, 2 Garderoben, 2 einschläufige Betten, 1 Spiegel, 2 Waschtische, 1 Klüdenwage, 1 Uhrgehänge, 2 Gardinenbögen, 2 Spachtelbögen

Öffentlich meistbietend gegen gleich bare Zahlung durch den Unterzeichneten verkaufen.  
Bemerk wird, daß die Sachen fast neu sind. — Kaufliebhaber werden freundlichst eingeladen.

**O. F. Kuck.**

### Zu verkaufen

ein in der Nähe des Bahnhofs Varel belegenes Wohnhaus unter günstigen Bedingungen. Nähere Auskunft in der Expedition d. Bl.

### Zu verkaufen

ein gutgehendes Milchgeschäft mit oder ohne Pferd und Wagen. Näheres in d. Exped. d. Bl.

### Mähmaschine

Original-Victoria, für 35 Wart zu verkaufen.  
Ww. Theilen, Mischelstr. 83.

### Ein neues Fahrrad

ist umständehalber sehr billig zu vert. Bremer Straße 17, I. Mittelw.

### Einswarden.

**Billig zu verkaufen** ein Grammophon mit acht Platten Klein, bei Schlachtermeister Töllner.

### Nordenham.

Der Boykott über **Damm's Konzerthaus** ist hiermit **aufgehoben!**

Der Inhaber hat sich unterschäftlich verpflichtet, in Zukunft nur 1/100 Proz. Böller zu führen.

Das Gewerkschaftskartell.

**Kaufe** gebrauchte Möbel-Stücke und Laden-Einrichtungen zu hohen Preisen.

**Wilh. Jansen, Bant** Peterstr. 4. Telefon 697.

**Nordenham.** Empfehle mich zum Frisieren in und außer dem Hause.

**Fran A. Bock,** Viktoriastr. 10, I. Et.

**Einswarden.** Zum goldenen Löwen. Sonntag den 17. April.

**Grosser Ball** wozu freundlichst einladet **Ad. Bultmann.**

## Am Freitag und Sonnabend Extra-Preise für Konserven

2 Pfd.-D.	2 Pfd.-D.
Junge Erbsen . . . . . 35 ¢	Wachbohnen, Ia. . . . . 35 ¢
Junge Erbsen, mittelf. 46 ¢	Peribohnen . . . . . 35 ¢
Junge Erbsen, fein . . . 63 ¢	Grosse Bohnen . . . . . 54 ¢
Leipsiger Allerlei . . . 45 ¢	Kohlrabi in Scheiben. 32 ¢
Leipsig. Allerlei, extraf. 65 ¢	Spinat . . . . . 38 ¢
Karotten . . . . . 32 ¢	Blumenkohl . . . . . 60 ¢
Bruch- u. Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose . . . . . 26 ¢	Grün- u. Wirsingkohl 2 Pfd.-Dose . . . . . 32 ¢

Brechspargel Ia., mit Köpfen . . . . . 70, 80, 90, 120 ¢

2 Pfd.-D.	2 Pfd.-D.
Pflaumen . . . . . 45 ¢	Stachelbeeren o. Zucker 55 ¢
Pflaumen ohne Stein . . 55 ¢	Stachelbeeren m. . . . . 65 ¢
Birnen, weiss und rot . . 60 ¢	Reinelauden . . . . . 80 ¢
Kirschen . . . . . 63 ¢	Apfelsinen . . . . . 65 ¢
Kirschen ohne Stein . . . 60 ¢	Apfel, gewickelt . . . . 65 ¢
Mirabellen . . . . . 72 ¢	Melange . . . . . 105 ¢

Sämtliche vorjährigen **Sport- u. Kinderwagen** — teils leicht beschädigt — mit **20 Prozent Rabatt.**

**J. Margoniner & Co.**  
Marktstrasse.

**Der beste Metallputz**

Selt vielen Jahren bewährt. Unerreicht an Güte und Putzkraft.

Weil sparsam im Gebrauch billiger als flüssige Putzmittel.



**Globus Putzextrakt**

Produktions-Fabrik Schulz & Co. Leipzig

**Zu vermieten** eine zweiräumige Oberwohnung. **C. Paradies,** Reuende, Genossenschaftsstr. 70.

**Zu vermieten** zum 1. Mai eine dreier. Manjard. Wohnung. **Müllerstr. 14, p. L.**

**Zu vermieten** zum 1. November d. J. oder später im Niemand'schen Hause in Klosterneuland eine Wohnung mit Gartengrund. **Fritz Dasken,** Ditlem.

**Zu vermieten** umständehalber auf Mai eine Ober- und eine Unterwohnung. **E. Fr. Häbeler,** Schon.

**Gesucht auf sofort** oder 1. Mai ein sauberes Mädchen für den Vor- oder Nachmittag. **Wilhelmshaven, Kaiserstr. 18, p. t.**

**Gesucht auf sofort** ein jüngerer Hans-Bursche. **Hans Meyer,** gegenüber d. Rathhause.

**Gesucht** ein Mädchen für den Vormittag auf sofort oder 1. Mai. **Margaretenstraße 30.**

**Zu verkaufen** 15 Hühner. **Kettenstraße 4.**

**Zu verkaufen** 2 Bettstellen mit Matr. u. Polstern, 2 Kleiderchränke, 1 Küchenborte mit 3 Schiebbläden, Platens Naturheilmethode, 3 Bände Zu erfr. **Mischelstr. 16, 2. Et. l.**

Umständehalber sehr billig zu verkaufen

1 Vertikow, 1 grünes Plüschsofa, 1 rotes Plüschsofa, 1 zweit. Kleider- schrank, 1 Sofa, 1 Trumeau, 4 Stühle, 1 Juu-Garderobe, Schlaf- zimmer-Einrichtung und verschiedene Bilder. Zu erfragen **Bant, Grenzstr. 20 b, I. Et. l.**

**Banter Volksküche.** **Mellumstraße.** Freitag: Gestrüben mit Schweinefleisch.

**Empfehle:** Ledertücher, imitt. Ledertücher **Reudel, 15, 20, 25, 30 Pfg.** Kokos-Matten, 40, 50 Pfg. Wäscheleinen, Waschbretter, Besenstiele, **Piasava-Besen, 40, 50, 65, 75 Pfg.** Küchenseifen, 60, 75 Pfg. Sandseger, 40, 55 Pfg. Fensterwascher, **Schrubbers.** Ofenbürsten, **Burzelbürsten.** Seifenbürsten u. **Topfbürsten.**

**J. W. Siebels**  
Zandwichsweg 13.  
**Neu eröffnet!**

**Speiseshalle**  
Bismarckstraße 33.  
Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

**Frau Hedwig Krantzin**  
**Nähmaschinen- Reparaturen**  
werden prompt und billig ausgeführt von **P. Höfken**  
Heppens, Güterstr. 21.



**Morgen Freitag** den 15. April cr.: **Nichtraucher-Abend**



**Empfehle:** Große und kleine Schellfische, Lebende Schollen, Seelachs, Klabian, Fischcarbonade, **Knurrhahn.** Potungen, **Wafrelen.** Jander, **Steinbutt,** Heilbutt, **Grüne Herings,** Flushecht, **Zuppenteebe.**

**J. Heins, Fischhandl.,** Bismarckstraße 95, — Marktstr. 44. — **Telephon 455.**

### Anzeiger für Delmenhorst.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Delmenhorst.  
Sonnabend den 16. April cr., abends 8.30 Uhr, im Hotel „Spiegeltäle“:

**Großer Demonstrations-Vortrag** mit Lichtbildern über Unfallverhütung und Arbeiterschutz in der Metallindustrie. Zahlreichen Besuch erwartet. **Die Ortsverwaltung.**

Visitenkarten fertigt an **Paul Hug & Co.**

**Goethebund Delmenhorst**  
Freitag den 15. April, abends 8 Uhr in **Zudmann's Hotel:**  
**Theater-Vorstellung** von Mitgliedern des Bremer Stadttheaters. Zur Aufführung gelangt: „**Gespensier**“. Drama in 3 Aufzügen von **Henri Björn.** Programm zu 50 Pf. nur gegen Vorzeigung der Mitglieds-karte, für Nichtmitglieder zu 1 Mk. in den Buchhandlungen.

**Spartklub 'Familienfreunde'** **Delmenhorst.** Sonntag den 17. April: **Großer Ball** wozu freundlichst einladet **Der Vorstand.** **F. Franz,** Bremer Chaussee.

**Zentralverband der Zimmerer** Zahlstelle Delmenhorst. **Sonnabend den 16. April cr.** nachm. 6 1/2 Uhr: **Außerordentliche Versammlung** beim **Wirt Peithmeier.** Wegen besonders wichtiger Tagesordnung ist das Geschehen aller Mitglieder dringend erforderlich. **Der Vorstand.**

**Rechnungsformulare** in allen Größen, empfiehlt die **Buchdruckerei Paul Hug & Co.** **Bant, Peterstraße.**